Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

12 (12.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe.
Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — **Badische Morgenpost**

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Mode und Heim" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schrieyer. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 87. Telephon-Zentrum 426.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 12. — Donnerstag, den 12. Januar 1922 — Erstes Blatt.

Gedanken zu „Cannes".

Von
Legationsrat a. D. Frhr. v. Rheinbaben, M. d. R.

Die deutsche Delegation ist nach Cannes berufen worden, nachdem die Vertreter des Obersten Rates einige Tage über die Höhe der künftigen deutschen Leistungen sowie über die als Gegenleistung für die grundsätzliche Zustimmung zum Aufschub geforderten Garantien verhandelt hatten. Da zwischen England und Frankreich schon vorher bei den Besprechungen in London eine gewisse Klärungsarbeit geleistet worden war, hat das dadurch argwöhnisch gewordene Belgien in Cannes die Rolle des grimmigen Hagen angenommen. Trotz der aller Welt bekannten besonders engen Beziehungen zwischen belgischer und deutscher Wirtschaft haben angeblich die belgischen Staatsweisen durchschlagendes Material vorgebracht, das die verborgenen deutschen Schätze ans Licht ziehen soll. Es steht noch nicht fest, inwieweit es der deutschen Delegation möglich sein wird, die bisherigen Beschlüsse des Obersten Rates zu „veredeln" oder ernsthaft gesprochen, sie auf ein Maß zurückzuschrauben, das diesesmal eine ehrliche deutsche Unterschrift decken kann.

Die Herabsetzung der Goldleistungen und das Heraufsetzen der Sachleistungen einschließlich der doch wohl noch bestehenden 26prozentigen Ausfuhrabgabe haben nach den bisher bekanntgewordenen Zahlen noch immer zu einer Gesamtbelastung Deutschlands geführt, die eine solche ehrliche Unterschrift ausschließt. Aber auch wenn es der deutschen Delegation gelingt, den Kuhhandel noch ein wenig zu Deutschlands Gunsten zu beeinflussen, vor allen Dingen aber den bisher bekannt gewordenen deutschen „Garantien" das darin enthaltene Widersinnige zu nehmen, bleibt der Gesamteindruck bestehen, daß zwar die Konferenz von Cannes die Einleitung einer anderen gesamteuropäischen Politik bedeutet, daß sie aber für Deutschland noch nicht die Plattform schafft für eine wirkliche und ehrliche „Politik der Erfüllung". Mit anderen Worten: Wir sollen erneut gezwungen werden, mit einer unehrlichen Politik der Erfüllung Unerfüllbarem nachzustreben und sehenden Blikkes die deutsche Wirtschaft weiter zu ruinieren.

Inzwischen tobt in den Steuerausschüssen der Kampf der Parteien. Die Sozialdemokratische Partei liebäugelt mehr als je mit ihrem Nachbarn zur Linken und droht das Steuerkompromiß zum Scheitern zu bringen. Bedeutet das Reichstagsauflösung? Sollte sie kommen, so könnte man am politischen Sinne des deutschen Volkes völlig verzweifeln und auch an der Möglichkeit des Aufsteigens aus eigener Kraft. Aber auch ein anderer Gedanke drängt sich auf: Sollten wir es womöglich noch so weit treiben, daß England und Frankreich uns den Termin für Reichstagswahlen vorschreiben?

Die seit einiger Zeit geübte Kritik an dem Führer der deutschen Delegation sollte jetzt zurückgestellt werden. Daß der Beginn der Besprechungen in London deshalb unter einem schlechten Sterne stand, weil zwei der bekanntesten Wirtschaftspersönlichkeiten Deutschlands hintereinander und mit verschiedenen Tendenzen dort wirkten, war zweifellos ein schwerer Nachteil für die deutsche Sache. Daß dann später Rathenaus alleinige Tätigkeit geschadet hat, ist durch nichts bewiesen. Bleibt also nur die umstrittene Frage: Hätten andere deutsche Unterhändler in der Zeit vor Cannes mehr genützt? Ich lasse diese Frage in diesem Augenblick offen und meine, wir sollten die kommenden Tage schwerster Entscheidung erst einmal vorübergehen lassen und endlich auch lernen, zu gegebener Zeit zu schweigen. Politik treiben heißt doch auch schließlich nicht jeden Gedanken, den der Busen birgt, der Oeffentlichkeit preiszugeben.

Grundsätzlich hat der bisherige Verlauf von Cannes erneut bewiesen, daß die gesamte Entwicklung in der Linie fortschreitet, daß andauernd weltpolitische und weltwirtschaftliche Kräfte sich verschieben. Die deutsche öffentliche Meinung fällt immer wieder darauf herein, von irgend einer Seite Hilfe zu erhoffen. Das ist ganz abwegig. In Wahrheit ist der deutschen Politik in absehbarer Zeit die Aufgabe gesetzt, die Aenderungen in der politischen und wirtschaftlichen Weltlage dazu zu benutzen, aus eigener Kraft und mit eigenen Mitteln sich wieder hochzuarbeiten.

Die englische Politik tut mehr für diese Entwicklung in einer Richtung, die auch Deutschland nutzen kann, als die des Nachbars im Westen. Das lehrt nicht nur die Entwicklung der letzten Zeit, sondern vor allem auch die Geschichte, die man als Lehrmeisterin niemals ausschalten sollte. Denn: „Alles ist schon dagewesen" — dieses banale Wort gilt ganz besonders für die dauernde Verschiebung in den europäischen Machtverhältnissen.

England fühlt sich heute wiederum ganz als europäische Macht, und um eine neue europäische — nicht Kontinental-Politik, liebe Tante Voß — handelt es sich heut. London will die Entwicklung der gesamt-europäischen Politik leiten und Frankreich die seit dem deutschen Zusammenbruch erstrebte und zu recht erheblichem Teil eingenommene Hegemonialstellung wieder entreißen. Ich glaube nicht an ein „Bündnis" zwischen England und Frankreich.

Italien ist hoch beglückt. Die nächste Konferenz wird nun endlich auf italienischem Boden abgehalten werden. Italien will heute an der Seite Englands mitarbeiten, um Europa zu retten. So ist's recht!

Der englisch-französische Schutzvertrag

Wie schon gestern berichtet, steht der Plan eines englisch-französischen Schutzvertrages augenblicklich im Vordergrund der Beratungen in Cannes. Man sieht allmählich klarer, worum es sich handelt. Von englischer Seite wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Bündnis, wie man es allgemein versteht, nicht in Frage komme. Die englische Regierung will dem Wunsch von Paris nach einem Bündnis dadurch entgegenkommen, daß sich England bereit erklärt, für Frankreichs Sicherheit gegen einen Angriff von deutscher Seite die Bürgschaft zu übernehmen. Es handelt sich also um eine Art Schutzvertrag für Frankreich. Von dem Zustandekommen dieses Vertrages hängt das Schicksal der deutschen Zwangszahlungen ab. Dieser Vertrag ist gewissermaßen die Entschädigung für die Zugeständnisse, die Frankreich bezüglich seiner Forderungen an Deutschland machen soll. Der Vertrag ist entworfen und bereits den Ministern in London und Paris zur Beratung vorgelegt. Briand ist vorübergehend nach Paris abgereist, um die Gegner seiner Politik in Cannes zum Schweigen zu bringen.

Aus der Tatsache, daß das Zustandekommen des Schutzvertrages mit solcher Eile betrieben wird, kann man den sicheren Schluß ziehen, daß, wie schon oben gesagt, dieser Vertrag die Vorbedingung für die Zustimmungserleichterung ist. Die Entscheidung ist für den Augenblick in die Kabinette von Paris und London verschoben. Englands Stimmung scheint Abmachungen mit dem unruhigen Frankreich nicht geneigt. Mehr Widerstände als Lloyd George hat jedoch Briand in Paris zu überwinden. Gestern sind die Abgeordneten des französischen Parlaments zusammengetreten und haben alsbald Beschlüsse gefaßt, die sagen, daß Frankreich nicht auf seine Forderungen verzichten könne und dürfe. Briand hat auf diese gegen seine Politik gerichteten Beschlüsse gestern sofort mit dem Hinweis geantwortet, daß in Cannes noch keine festen Beschlüsse über die deutschen Zahlungen gefaßt seien; es sei also noch kein Anlaß zu Befürchtungen. Briand hofft, und mit ihm auch Lloyd George, daß die Gegner der Zahlungsänderungen mit dem Abschluß des Schutzvertrages beschwichtigt werden.

Wie der Schutzvertrag aufgefaßt wird.

London, 11. Jan. Einer Meldung aus Cannes zufolge erklärte Lloyd George in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, da es einen unfreundlichen Akt gegenüber Italien bedeuten würde, den zu begehen nicht die Absicht der britischen und der französischen Regierung sei.

Briand erklärte britischen Journalisten, die Verbürgung der Sicherheit Frankreichs an seiner Ostgrenze werde die Verminderung des Besatzungsheeres zur Folge haben können.

Briand erklärte französischen Pressevertretern, die Besorgnis, daß Frankreich einen Garantievertrag mit Zugeständnissen bezüglich seiner nationalen Verteidigung und der Länder, die es nach dem Versailler Vertrag am Rhein habe, würde beschaffen müssen, sei unbegründet. Man habe nur die Frage erörtert, ob es nicht zweckmäßig sei, daß Frankreich und England sich zusammentäten, um die französisch-deutsche Grenze zu sichern. Er persönlich würde einen großzügigeren Plan vorgezogen haben. Die Engländer wollten sich aber nur verpflichten, die französisch-deutsche Grenze zu garantieren. Infolgedessen habe er ein System einer politischen Entente erdacht, die sich auf ganz Europa erstrecken würde. Unzweifelhaft werde auch die belgische Grenze durch den französisch-englischen Pakt geschützt werden. Die Besorgnis einiger Engländer bezüglich der Unterseeboote würde, falls das Abkommen zustande komme, zerstreut werden.

*

Briand reist nach Paris.

Cannes, 11. Jan. Briand reist heute nachmittag 3 Uhr nach Paris. Lloyd George hat bei der heute vormittag abgehaltenen Besprechung mit Briand dem französischen Ministerpräsidenten den Entwurf des englisch-französischen Abkommens übergeben. Briand wird seinen Kollegen den Entwurf vorlegen.

Die Unnachgiebigen.

Paris, 11. Jan. Der Finanzausschuß der Kammer nahm mit 23 gegen 2 Stimmen eine Resolution an, worin es heißt:

Beunruhigt durch die Aenderung, die die Konferenz von Cannes an dem Recht Frankreichs auf Reparationen vornehmen will und über die ernste Nachwirkung, die daraus für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete und die Wiedererholung der französischen Finanzen entstehen könnte, erinnert der Finanzausschuß die Regierung an die von ihr übernommene Verpflichtung.

Der Kammerausschuß für Auswärtige Angelegenheiten nahm eine Entschließung an, die sich gegen eine Herabsetzung der französischen Schuldforderung nach dem Zahlungsplan vom 15. Mai 1921 wendet.

Briand beantwortete diese Entschließungen mit einem Telegramm. Darin wird erklärt, die Konferenz habe das Reparationsproblem noch in keiner Vollsitzung behandelt. Er sehe deshalb nicht ein, auf welche Nachrichten der Finanzausschuß seine Befürchtung habe aufbauen können. Ihm liege daran, zu bestätigen, daß er keine Schmälerung der Rechte Frankreichs zulassen werde.

Befragung der deutschen Delegierten.

Auskunft über die Januarzahlungen.

Paris, 11. Jan. Wie der Sonderberichterstatter der „Agence Havas" in Cannes meldet, hat in der heutigen Sitzung des Obersten Rates Briand verlangt, daß vor jeden weiteren Verhandlungen die Reparationskommission die deutschen Delegierten über die am 15. Januar von Deutschland zu leistenden Zahlungen hören soll. Lloyd George stimmte diesem Vorschlag zu. Die deutsche Delegation wurde deshalb ersucht, heute nachmittag 5 Uhr zu verhandeln.

Cannes, 11. Jan. 10 Uhr 40 vorm. Die deutsche Delegation mit Reichsminister a. D. Walther Rathenau an der Spitze ist hier soeben eingetroffen und am Bahnhofe von den Kabinettschefs Briands und Loucheurs empfangen worden.

w. **Cannes**, 11. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Nach der für heute nachmittag 5 Uhr anberaumten Aussprache der deutschen Delegation mit der Reparationskommission wird die Reparationskommission den alliierten Regierungen Bericht erstatten, und der Oberste Rat seinerzeit dürfte alsdann noch Zusatzerläuterungen von der deutschen Delegation verlangen. Es wird deshalb angenommen, daß die deutsche Delegation morgen nachmittag mit dem Obersten Rat verhandeln wird.

Eine Anfrage an die Regierung über Cannes.

Berlin, 11. Jan. Die deutsch-nationale Fraktion des Reichstags hat bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten beantragt, den Ausschuß zum Zweck der Herbeiführung einer Auskunft der Regierung über die Verhandlungen in Cannes sofort einzuberufen. Wie das Berliner „Tageblatt" hört, nimmt man an, daß gleich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Cannes, die Ende dieser Woche zu erwarten ist, der Auswärtige Ausschuß des Reichstags zusammentreten wird, um einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Obersten Rat entgegenzunehmen.

*

b. **Berlin**, 11. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Wie verlautet, rechnet man mit großer Wahrscheinlichkeit damit, daß der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten auf Mittwoch nächster Woche, also einen Tag vor Beginn der Plenarsitzungen des Reichstages, einberufen wird. In parlamentarischen Kreisen vertritt man die Ansicht, daß die Regierung vorher kaum in der Lage sein dürfte, nähere Auskünfte über die Verhandlungen in Cannes zu geben. Eine vorherige Aussprache hierüber erachtet man auch in parlamentarischen Kreisen für unzweckmäßig.

Die Bedingungen von Cannes.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Die Vorbereitungen, die in Cannes zur Verhandlung mit der deutschen Delegation getroffen werden, lassen immer mehr erkennen, daß die Aussichten für die deutsche Sache keineswegs rosig sind. Schon rein äußerlich. Die deutschen Delegierten kommen nach zweitägiger Reise am Mittwoch in Cannes an und schon am Donnerstag früh sollen sie zu Verhandlungen gebeten werden. Aus englischer Quelle verlautet, daß man hofft, die Konferenz schon in ganz wenigen Tagen zu Ende zu bringen, vielleicht schon am Donnerstag abend, spätestens aber am Freitag. Lloyd George will am Sonntag schon wieder in London sein. Die schwerwiegenden Reparationsprobleme sollen also in einigen Verhandlungsstunden durchgepeitscht werden. Die Wahrscheinlichkeit verdichtet sich zur Gewißheit, daß die Mitteilungen der deutschen Delegierten nicht mehr von Einfluß auf den Gang der Dinge sein werden. Die Beschlüsse liegen vor, die im Einvernehmen zwischen Briand und Lloyd George gefaßt sind.

Es scheint in der Tat bei der „Anhörung" zu bleiben. Für den Fall, daß die deutschen Delegierten die Summe von 700 Millionen als zu hoch bezeichnen, ist bereits, so versichern französische Korrespondenten mit hämischer Freude, eine Antwort vorbereitet, die den Deutschen angeblich den Beweis liefern soll, daß Deutschland bequem 800 Millionen zahlen könne. Daß im übrigen der Reparationsnachlaß für 1922 eine rein englische Angelegenheit ist, geht daraus hervor, daß nach der in Cannes beschlossenen Zahlungsaufstellung Frankreich sogar besser bedacht wird als im Londoner Abkommen vorgesehen war. Deutschland soll bekanntlich für 1922 an Stelle von 3 Milliarden 700 Millionen in bar und 1450 Millionen in Sachleistungen bezahlen. Nach dem Londoner Abkommen sollten von den 3 Milliarden 850 Millionen in Gold und Sachlieferungen Frankreich zufallen, während es nach dem Abkommen von Cannes 139 Millionen in bar und 950 Millionen in Sachleistungen erhält, also insgesamt 1089 Millionen.

Der heutige Tag ist mit Verhandlungen des Obersten Rates über die Bedingungen ausgefüllt worden, die den Deutschen vorgelegt werden, und die sie erfüllen sollen, wenn die besprochene Herabsetzung der Reparationszahlungen in Kraft treten würde. Es muß immer wieder betont werden, daß die Hauptbedingung der Alliierten, die Einschränkung des Papiergeldumlaufes, nur die Folge einer vernünftigen Politik der Entente uns gegenüber sein kann, nicht aber ein Diktat mit Wirkung von morgen, noch dazu, wenn die anderen Bedingungen, wie Heraufsetzung der Tarife und Aufhebung der Reichszuschüsse zur Volksernährung, erfüllt werden sollen. Die Erfüllung dieser Bedingungen ist der notwendige Anstoß zu einer neuen Noten-Inflation, zugleich der Beweis, daß der ganze Bedingungenkomplex nichts als ein lebendiger Widerspruch in sich ist.

Die Wiederaufbaugesellschaft.

Cannes, 11. Jan. Der Oberste Rat hat der Bildung eines internationalen Syndikats und von nationalen Syndikaten, die dem ersteren angegliedert werden, zugestimmt. Sie sollen den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unternehmen und die Zusammenarbeit aller Nationen bei der Wiederherstellung des normalen Wohlstandes sichern. Der Organisationsausschuß setzte sich aus zwei Engländern, zwei Franzosen, einem Italiener und einem Belgier und einem Japaner zusammen. Er hat die Vollmacht, Vertreter aller Länder hinzuzuziehen.

Das Schicksal der deutschen Werke.

Berlin, 11. Jan. Die deutsche Botschaft in Paris hat am 10. Januar folgende Note der Botschafterkonferenz über die deutschen Werke erhalten:

Ich beehre mich, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß die Botschafterkonferenz alle Maßnahmen, die die interalliierte Militärkontrollkommission in dieser Angelegenheit getroffen hat, als vollständig begründet ansieht. Indessen ist die Kommission ermächtigt, bei Durchführung der Umstellung, die sie erforderlich erachtet, Fristen zu bewilligen, die ausreichen, um die besonderen Interessen der Arbeiter vollstän-

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

dig zu wahren. Bedingung ist dabei, daß diese Umstellung spätestens in dem Zeitpunkt des Aufhörens jeder wirklichen Kontrolle seitens der alliierten Mächte vollständig beendet ist.

Die Botschafterkonferenz hat die interalliierte Militärkontrollkommission angewiesen, diese Entscheidung zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und alle Einzelfragen zu regeln, die das Schreiben Ew. Exzellenz vom 16. Nov. aufwirft.

*

Es bleibt also in der Macht des Generals Nollet, darüber zu entscheiden, wieweit die Umstellung der Werke zu gehen hat. Er kann nach Lust weiter schikanieren.

*

Von amtlicher deutscher Seite wird zu der Note bemerkt:

Das in der Note angekündigte Schreiben der interalliierten Kontrollkommission ist dem Auswärtigen Amt bisher noch nicht zugegangen. Es wäre voreilig, Schlüsse auf seinen Inhalt aus den Andeutungen der Note der Botschafterkonferenz ziehen zu wollen.

Frankreichs Kampf gegen das Deutschtum am Rhein.

Die Schulaufsicht im besetzten Gebiet.

Koblenz, 10. Jan. Die Rheinlandkommission hat folgendes Schreiben vom 7. Januar an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete gerichtet:

Die Rheinlandkommission ist aufmerksam gemacht worden auf das dauernd zunehmende Anwachsen der im besetzten Gebiet ernannten, aber aus dem unbesetzten Deutschland stammenden Beamten. Aus den hier vorgelegten Statistiken geht hervor, daß dieses Anwachsen bei dem Lehrpersonal besonders bemerkbar ist. Aus den verschiedenen Besetzungszonen ist der Rheinlandkommission namentlich berichtet worden, daß die Gesinnung dieses Personals eine Gefahr zu werden droht für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen sowie in der Zukunft für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Weltfriedens. Der Unterricht wird keineswegs in Uebereinstimmung mit den Sätzen des Artikels 148 der Weimarer Verfassung erteilt, d. h. im Sinne der Völkerversöhnung, sondern hält sich in einem entgegengesetzten Sinne. Infolgedessen hat die Rheinlandkommission beschlossen, einen Untersuchungsausschuß für den im besetzten Gebiet erteilten Unterricht einzusetzen. Dieser Ausschuß wird sich mit dem Reichskommissar in Verbindung setzen, um die Auskünfte zu erhalten, deren er bei Prüfung aller Maßnahmen bedarf, die nach seiner Ansicht getroffen werden müssen, um der oben erwähnten Sachlage abzuhelfen.

Diese Meldung bestätigt also im wesentlichen die Meldung des „Temps", die wir schon in Nr. 22 der „Köln. Zeitung" veröffentlicht haben. Ueber die Bedeutung dieses neuen Schrittes der Rheinlandkommission braucht kein Wort gesagt zu werden. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die französische Verfassung einen Paragraphen aufwiese, der es den Pazifisten der Welt möglich machen könnte, in Frankreichs Schulen den Unterricht so zu regeln, wie das auch im Interesse der „Aufrechterhaltung des allgemeinen Weltfriedens" erwünscht wäre.

Mit dem Hinweis auf Gefährdung der Sicherheit und der Würde der Besatzungstruppen glaubt die Besatzungsbehörde alle Maßnahmen rechtfertigen zu können, mit denen sie den Kampf gegen das Deutschtum am Rhein führt. Gegenüber einer solchen Beweisführung ist die deutsche Behörde vollkommen machtlos. Denn der Franzose will allein bestimmen, wann und warum er die Sicherheit und das Ansehen der Besatzungstruppen als gefährdet betrachtet. Wenn man die französische Vernichtungspolitik gegenüber Deutschland, wenn man die Marokkanerschandtaten im besetzten Gebiet der Forderung der Rheinlandkommission gegenüberstellt, daß der Schulunterricht im besetzten Gebiet im Geist der Völkerversöhnung geführt werden soll, dann offenbart sich erst der ganze Hohn und Spott, mit dem der Franzose dem Deutschtum am Rhein begegnet. Es ist ein alter Wunsch des Franzosen, die deutschen Beamten im besetzten Gebiet nach seinem Geschmack auszulesen. Es ist bekannt, daß die Franzosen eine genaue Personalkartothek für die Beamten führen. Es ist leider auch wahr, daß sie in ihren Bestrebungen nach sogenannter Reinigung des Beamtenkörpers im französischen Sinne von gewissen deutschen Kreisen Unterstützung erfahren. Es sind die Kreise, die man mit dem Namen Dortenanhänger bezeichnet. Sie leisten den Franzosen hilfreiche Dienste im Aufstellen der Aechtungslisten. In Wiesbaden z. B. besteht schon lange eine solche Liste, und gewisse schwatzhafte Franzosenfreunde lassen bei Gelegenheit durchblicken, daß sie die Liste kennen. Sie benützen ihren Einfluß bei der Besetzung von Beamtenstellen, um Anhänger zu werben und um Mißliebige zum Schweigen zu bringen. Man kann sich im unbesetzten Deutschland kaum vorstellen, welche Sorge für viel aufrechte und treue Beamte die ständige Gefahr bedeutet, durch böswillige Denunzianten geschädigt zu werden. Das Spitzeltum macht sich natürlich überall breit. Ein einziges unbedachtes Wort in der unverdächtigsten Gesellschaft kann zu den Ohren der Franzosen kommen und wird dort sorgfältig registriert. Dieses Spitzeltum beschränkt sich nicht auf das besetzte Gebiet. Es soll sogar in Frankfurt eine Spitzelzentrale bestehen.

*

Darmstadt, 11. Jan. Gestern weilte der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete beim Reichsministerium des Innern in Berlin, Dr. Brugger, hier zum Besuche der hessischen Regierung. Es fand eine Besprechung mit den Mitgliedern des Gesamtministeriums unter dem Vorsitze des Staatspräsidenten statt. Daran schloß sich eine längere Aussprache mit Vertretern des besetzten hessischen Gebietes über verschiedene wichtige Tagesfragen. Es wurde dabei von neuem die erfreuliche Feststellung gemacht, daß die immer erneut einsetzenden Versuche, das besetzte Gebiet dem übrigen Deutschland zu entfremden, an der Gesinnung seiner Bewohner scheitern.

Die Lasten der Kommissionen.

Vor einiger Zeit brachten einige deutsche Blätter gutmütig die Nachricht, daß die Entente einen Abbau der Kontrollkommissionen plane, um die Lasten für Deutschland zu vermindern. Wie der Abbau und Lastenminderung aussieht, zeigt ein Bericht des „Berliner Tageblattes". Danach sind dieser Tage die Zulagen für die Mitglieder der Ententekommissionen in Deutschland mit Wirkung vom 1. 9. 21 um nicht weniger als 100 Prozent erhöht worden.

Es erhalten monatlich:

	Papiermark
1. der General und Vorsitzende der Kommission	57 500
2. a) Offizier im Generalsrang, b) Oberst oder Oberstleutnant, Chef einer Dienststelle (I)	35 000
3. a) Oberst oder Oberstleutnant, b) Major, Chef einer Dienststelle	35 000
4. Major	22 500
5. Hauptmann, Oberleutnant und Leutnant	21 250
6. Unteroffiziere	11 500
7. Gemeine	7 000

Diese Zulagen sind von Deutschland zu zahlen und laufen neben dem Gehalt, das die Mitglieder von ihren Ländern erhalten. Neuerdings wird nun gefordert, daß Deutschland auch diese Gehaltszahlungen übernehmen soll. Dies würde weitere erhebliche Ausgaben bedeuten. Zu berücksichtigen bleibt, daß mit den bisher zu zahlenden Zulagen die finanzielle Belastung Deutschland durch die J. M. K. K. keineswegs erschöpft ist. Vielmehr mußte Deutschland auch die Kosten für Unterbringung, Reisen usw. bezahlen. Um welche Summen es sich hierbei handelt, kann man daraus ersehen, daß z. B. allein die Unterkunft des Generals Nollet dem Deutschen Reich täglich nicht weniger als 1000 Mark kostet, und daß die Reisekosten der Kommissionen allein im Jahre 1921 weit mehr als 350 000 Mark im Monat betrugen. Daneben betrugen die monatlichen Kosten der Kommission im Durchschnitt:

a) für Unterbringung im Standort	1 976 577
b) für Unterbringung auf Dienstreisen	34 179
c) für Unterhaltung und Unterbringung der Kraftwagen	1 954 342
d) für Geschäftspersonal und -bedarf	740 546
Zusammen	4 705 644

Der französische Militarismus mästet sich auf Kosten des deutschen Volkes. Wie Blutegel saugen sich diese sogen. Kontrollkommissionen an dem Körper des Volkes voll.

Die Stimme der Unversöhnlichkeit.

Paris, 11. Jan. Gestern ist die Tagung des Parlaments eröffnet worden. Die Sitzung des Senats (1. Kammer) wurde durch den Alterspräsidenten Denis eröffnet, der u. a. sagte: Mit letzter Kraft werde er gegen jede Abänderung an den von Deutschland unterzeichneten Verpflichtungen protestieren. Warum, so fragt der Redner, hat sich das Unheil verewigt, unter dem wir leiden? Weil Deutschland sich seinen Verpflichtungen entzieht und alles tut, um mit Naturnotwendigkeit seine Regierung bankerott zu machen. Deutschland habe in flagranter Weise den Versailler Vertrag verletzt und von seinen Steuerzahlern nicht die gleichen Opfer verlangt wie die Alliierten von den ihrigen. Frankreich sei am Ende seiner Opfer angelangt. Es sei ihm unmöglich, noch Steuern zu denen hinzuzufügen, die bereits erlassen wurden.

*

Frankreich kann seine Ausgaben sehr schnell vermindern, wenn es abrüstet und die Milliarden für Heereszwecke besser verwendet. Das will Frankreich nicht, es fordert, daß Deutschland dem welschen Rüstungswahn Frondienste leistet.

Der tschechisch-österreichische Staatsvertrag.

Prag, 11. Jan. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte der Ministerpräsident und Minister des Aeußern Dr. Benesch, daß er keinen Geheimvertrag mit dem früheren österreichischen Staatskanzler Dr. Renner abgeschlossen habe. Das Einvernehmen hatte zur Grundlage daß beide Staaten auf dem neuen System in Zentraleuropa beharren und wirtschaftlich und politisch Gegner jedweder Staatsform sind, die eine Erneuerung des alten Regimes darstellen würde. Das Abkommen enthalte keinerlei militärische Verpflichtungen. Es wurde nur vereinbart, daß beide Staaten wohlwollende Neutralität beobachten würden, wenn ein Angriff auf einen von ihnen von dritter Seite unternommen werden würde. Auf die Anfrage eines Abgeordneten, ob bei den Verhandlungen mit Oesterreich auch die Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland oder wenigstens die österreichische Anschlußagitation besprochen worden sei erklärte der Ministerpräsident, diese Anfrage werde am besten durch die Bestimmungen des Friedensvertrages beantwortet, die bei Verhandlungen mit Oesterreich stets berücksichtigt wurden.

Italienischer Brief.

Italien hat jetzt auch seinen großen Finanzskandal gehabt, bei dem die bekannte industrielle Gesellschaft Ilva die Hauptrolle spielt. Aehnlich wie bei der Pfälzischen Bank, wurde durch wüste Spekulationen der Krach herbeigeführt. Die Angelegenheit brachte ein pikantes Nachspiel im Parlament mit sich, wo bekannt wurde, daß gegen die bei dem Finanzskandal besonders in Betracht kommenden Herren — man gibt ihnen in Italien die Kosenamen „Bank- und Industriehaifische" — Strafanzeige wegen fortgesetzten Betrugs und Buchfälschung bei der Staatsanwaltschaft erfolgt sei; ein Mitglied der sauberen Gesellschaft wurde bereits von seinen Kollegen in der Volksvertretung mit dem Verlust des Kammersitzes bestraft. Nebenbei bemerkt, ereilte dasselbe Schicksal den kommunistischen Abgeordneten von Neapel, da er vom Kriegsgericht wegen Desertion verurteilt worden war. In der Kammersitzung, in der die Ilva-Angelegenheit behandelt wurde, machte der Abgeordnete Chiesa interessante Mitteilungen über die Summen, mit denen auf Kosten des Geldbeutels der Aktionäre die Presse bestochen wurde, wofür die letztere günstige Berichte über den Stand der Gesellschaft brachte. So übernahm z. B. die Ilva eine Million Aktien des bekannten linksradikalen „Secolo", drei Millionen des „Mattino" usw. Von den Hauptmissetätern Bondi und Luzzatti gehörte der erstere der demokratisch-liberalen, der letztere der demokratisch-sozialen Parteigruppe an. Noch einem anderen kommunistischen Deputierten, der in dem nach dem Weltkrieg dem Königreich neueingegliederten Bezirk von Görz gewählt wurde, ist eine beklagenswerte Verirrung zugestoßen. Herr Tuntar, dem böse Zungen nachsagen, daß er dem Gott Bacchus täglich große Trankopfer darbringe, drang, um seine kommunistische Gesinnung durch die Tat zu verwirklichen, eines Tages in stark angeheitertem Zustand in das Lokal der Distriktskrankenkasse ein, die er vorher als Direktor geleitet hatte, und versuchte dort sich das lächerlich geringe Sümmchen von 2000 Lire anzueignen, die er für seine früheren Bemühungen zum Wohl der Kasse reklamierte. Nach einem kurzen Kampf mit dem Kassierer bemächtigte sich der edle Parteiführer des Häufchens Mammon und erklärte der herbeigeholten Behörde — der Kassierer hatte nämlich schleunigst das Lokal verlassen und Tuntar eingeschlossen —, daß er das Geld unbedingt benötigt habe, weil er gänzlich abgebrannt, außerdem krank sei und einer Badekur bedürfe!

Ein anderer Deputierter, einer der ältesten italienischen Parlamentarier, früherer langjähriger Kammerpräsident und noch früher glühender Linksrepublikaner, jetzt Senator, ist Herr Marcora; er besitzt schon seit Jahren den Annunziata-Orden, die höchste italienische Auszeichnung, und damit das Recht, sich Vetter des Königs zu nennen; er genoß das Glück, daß ihm das Parlament jüngst eine jährliche Pension von 25 000 Lire zubilligte.

Während sich solche minder bedeutende und wenig interessante Episoden im Lande abspielen, tobt in einigen Gegenden der Halbinsel, trotz schärfster Gegenmaßregeln der Regierung, der Kleinbürgerkrieg zwischen Faszisten und Linkssozialisten und Kommunisten mit unverminderter Heftigkeit weiter. So wurde vorletzte Woche der sozialistische Vizepräsident des Provinzialrats von Cremona Loldori von Faszisten mit Knütteln zu Tode geprügelt, und ähnliche Schandtaten kamen in der Gegend von Mailand vor. Ein Abgeordneter der christlich-sozialen Partei charakterisierte im Parlament diese gewalttätigen Elemente als Werkzeuge der Agrarier, die durch Einschüchterung den arbeitenden Klassen auf dem Land drückende Arbeitsverträge aufzwingen wollten. Von faszistischer Seite wurde erwidert, daß es sich hier um fremde Elemente handle, die bei jeder Bewegung ihre niederträchtigen Interessen und speziellen Ziele zu befriedigen suchten. Uebrigens hat der Führer der Faszisten Mussolini auf dem letzten Parteitag in Florenz einer Anzahl von Journalisten folgende lakonische Er-

Theater und Musik

Berliner Theater. „Karussell". Man ist kein Kostverächter und drückt nicht verschämt das behartete Gesicht hinter den Altjungfernfächer, wenn das ewige Spiel verliebter Libellen reizvoll vor den Sinnen gaukelt; das Spiel, dem letzten Endes die Kunst alle ihre Lieblichkeiten und das Leben seine Forterhaltung dankt! Sogar gegen die durch Seide schimmernden graziösen Beine der Maria Orska habe ich mönchische Einwendungen nicht zu erheben. Aber schließlich ein Stück, das nur für die Koketterie dieser niedlichen Füße und deren pikanten Anhang geschrieben zu sein scheint, kann doch den geistigen Ansprüchen bescheidenster Denker und Denkerinnen schwerlich genügen! Für Freunde des Schauspiels, die lediglich solch ein Schauspiel suchen, sollten nicht unsere Schauspielhäuser, sondern — andere Häuser ihre gastlichen Pforten öffnen. Doch nicht das Auge ist, das sei wiederholt, der strenge Protestant. Selbst der regelrechte Purzelbaum, mit dem die Orska die Plastik ihrer schlanken Formen in Freiheit vorführt, ließ sich belächeln, wäre der körperliche Mutwillen mit geistiger Keckheit nur noch entfernt verwandt. Doch was aus dem Lustspiel „Karussell" des Franzosen Louis Verneuil, in Bruno Franks deutscher Uebersetzung aufgeführt im Komödienhaus unser Ohr heimträgt, das ist ausschließlich sexuelle Gemeinheit. Ein paar Situations- und Dialogwitze fallen daneben kaum ins Gewicht. Vielleicht vereinigen sich vorurteilslose Leser mit mir auf dem Standpunkt: Das Verwegenste im Reich des Kupido mag künstlerisch-sittlich sein, wenn die naive Natur Patin ist; aber die geschäftstüchtige Spekulation auf zahlungsfähige Lüstlinge erregt Uebelkeit. Es gilt von der pornographischen Budapester Verlagsliteratur, wie von dem französischen Lustspiel des Verneuil, das in der Werkstätte einer Kokotte spielt. Der pythagoräische Lehrsatz lautet: Das Quadrat dieser Hypothenuse (der gewerbsmäßigen Liebhaberin) ist gleich der Summe der Quadrate der beiden Katheten (eines Aushälters und eines Ausgehaltenen). Das sinnige Spiel vertauscht, die Vorsehung im Börsenspiel anerkennend, die Rollen der beiden Katheten: Der Aushälter wird arm und Ausgehaltener, der Ausgehaltene wird reich und Aushälter. Immer ist der reiche bloß der offizielle, der arme der wirkliche Geliebte. Liebe? Pfui Teufel! Daß das Stück seinen geilen Beifall fand, soll Leichtfertige nicht verleiten, über Babel Berlin wehzuklagen. Der Prozentsatz gewisser Kunstfreunde mag in allen Städten ungefähr der gleiche sein. Aber Berlin ist eine große Stadt. **Hermann Kienzl.**

Hans Huber †. Der schweizerische Komponist Dr. Hans Huber ist in Locarno einer Lungenentzündung erlegen. Er war ein Schüler des Leipziger Konservatoriums und später als Leiter der Baseler Musikschule tätig. Unter seinen zahlreichen Werken stehen seine acht Sinfonien an der Spitze. Eine frische, gesunde Sinnlichkeit und Anmut, eine prächtige Rhythmik, eine schöne, melodische Erfindung, ein echt poetisches Musikertum kommt in seinem Schaffen zum Ausdruck.

Kunst und Wissenschaft

Galerie Moos.

Der Anfang im neuen Jahre ist sehr verheißungsvoll. Neben einigen Oelbildern von Th. Poeckh in dessen altmeisterlicher Art sind es über 60 Handzeichnungen von Moritz von Schwind, die der Ausstellung ihr Gepräge geben. Solchen Meistern tritt man mit einer gewissen Ehrfurcht und Bewunderung gegenüber, die von vorneherein den Akkord einer rein gestimmten Aufnahmefreudigkeit anschlägt. Man kennt ihre Sprache und ist entzückt, ihnen wieder einmal zu begegnen. Man lernt sie von einer neuen Seite kennen und verknüpft im Geist Erinnerung mit Gegenwärtigem. Die Zeichnungen Schwinds zeigen den Meister von seiner intimen, häuslichen, privaten Seite. Den mehr feierlichen Meister kennt man ja hier in Karlsruhe von seinem großen Wandgemälde in der Kunsthalle und den zu wenig bekannten und beachteten Gemälden im Sitzungssaal der ehemaligen I. Kammer, dem sie eine so getragene, stolze und doch wohltuende Atmosphäre verleihen. Mit Entsetzen las man jüngst die Nachricht, daß irgend eine Vertreterversammlung in diesem Saal bei ihrer Sitzung geraucht habe. Das ist mit Verlaub zu sagen, eine Rücksichtslosigkeit gegen Schwinds Bilder und eine Barbarei, die tief bedenklich stimmt.

Zu den Zeichnungen Schwinds hat Dr. K. Eberlein den schönen und mit Abbildungen geschmückten Katalog besorgt und mit einer reizvollen Einleitung versehen, die das Wesen seiner Kunst deutet. Eine Erklärung warum er den Wiener Schwind als Franken charakterisiert, wäre wohl angebracht gewesen.

Man hat von Schwinds Malereien gelegentlich gesagt, sie seien „kolorierte Zeichnungen". Dies gibt schon einen Fingerzeig, wie beglückend es sein muß, ihn am unmittelbarsten nur mit Feder oder Bleistift tätig zu sehen. Es geht eine leichte Anmut, eine sonnige Heiterkeit, eine bestrickende Grazie und klare Innigkeit von diesen Spielen seiner Hand aus. Eine ganze Reihe davon sind zudem mit dem köstlichen Humor des Malers durchtränkt, so die Scheibenbilder, die Wurzel- und Nasenmänner (Nr. 40), die Zensoren-Karikatur und dergl. Entwürfe zu Gemälden, wie die Schifferin, Erlkönig, hl. Elisabeth, oder zu den viel verbreiteten Münchener Bilderbogen (welche man auch auslegen und vertreiben sollte) zeigen die Leichtigkeit seines phantasievollen Schaffens. Vor der Federzeichnung zur Waldnymphe, mit ihrem Einklang aus Mythologie und deutscher Romantik, oder vor der berückend-anmutigen Dame im „Gesellschaftsspiel", die wie ein biedermeierlicher Elfentanz sich wiegt, gibt es nur ein köstliches Gefühl der Bewunderung und Liebe. In der Tat, Eberlein hat recht, an Beethovens Wort zu erinnern, das dieser auf Schwind prägte: „In dem lebt der göttliche Funke." **W. E. O.**

*

Wiederbesetzung des Freiburger archäologischen Lehrstuhls. Zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls der klassischen Archäologie an der Universität Freiburg i. B. (an Stelle des Professors Buscher) ist ein Ruf an Prof. Dr. Hans Dragendorff in Berlin, Generalsekretär der Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Instituts, ergangen. Der bekannte Archäologe ist 1870 zu Dorpat geboren. Auf den Universitäten Dorpat, Berlin und Bonn widmete er sich dem Studium der klassischen Philologie und Archäologie, besonders bei Kekule, Bücheler, Usener und Loeschcke. Zu weiterer wissenschaftlicher Ausbildung ging er als Stipendiat des Archäologischen Instituts nach Griechenland, Kleinasien, Aegypten und Italien. 1897 wurde er als a. o. Professor an die Universität Basel berufen, wo er bis 1902 lehrte, dann wurde ihm die Leitung der neugegründeten römisch-germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts in Frankfurt a. M. übertragen. 1911 wurde Dragendorff als Nachfolger Puchsteins Generalsekretär des Archäologischen Instituts in Berlin. Der Gelehrte gehört als ord. Mitglied der philosophisch-historischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften an und übt als solches seine Lehrtätigkeit an der Berliner Universität aus. Ferner ist er u. a. Vorsitzender der Archäologischen Gesellschaft (Berlin).

Neuer Ehrendoktor der Universität Heidelberg. Fabrikant Fritz Winkelstroeter in Firma Arnold Biber, Pforzheim und Durlach, wurde von der Universität Heidelberg in Anerkennung hervorragender Verdienste um die Zahnheilkunde zum Dr. med. dent. h. c. ernannt.

Weimar Universitätsstadt. Wie der „Berliner Lokalanzeiger" aus Halle erfährt, soll in Weimar eine Hochschule für Technik und Wissenschaft mit allen Rechten einer Universität, auch mit dem Promotionsrecht gegründet und noch in diesem Jahre eröffnet werden.

Alfred Kröner †. Der bekannte Verlagsbuchhändler Geh. Hofrat Alfred Kröner ist in Berlin nach kurzer Krankheit im 60. Lebensjahre gestorben. Kröners Verlag befand sich seit 1908 in Leipzig und siedelte im Frühling 1920 nach Stuttgart über. Seine Haupttätigkeit galt der Philosophie, der Naturwissenschaft, Kunst- und Literaturgeschichte. Er war der Verleger Wilhelm Wundts, Friedrich Nietzsches und Ernst Haeckels. Unter dem Titel „Kröners Taschenausgabe" vereinigte er eine Sammlung von Bändchen populär-wissenschaftlichen Inhalts. Zu den Autoren seines Verlages gehörten ferner Richard Graul, Karl Heinemann, Hugo Riemann und Georg Witkowski. St.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

klärung über das faszistische Parteiprogramm gegeben: wir haben hier unser antimonopolistisches, antisozialistisches, antidemagogisches und antiinternationales Programm von Neuem bekräftigt; was die Staatsform betrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt des Agnostizismus, d. h. dem Faszist steht es frei, Monarchist oder Republikaner zu sein. Für die höheren Schulen verlangen wir Freiheit des Unterrichts unter staatlicher Kontrolle und mit staatlicher Prüfung. Herr Mussolini erklärte ferner, der Faszismus zerfalle in eine wirtschaftlich-syndikale und in eine Kampfabteilung; zu der letzteren gehöre er selbst.

Fast in direktem Gegensatz zu dem faszistischen Programm steht natürlich das sozialistische. Vergangene Woche erhob sich im Parlament ein Sturm der Entrüstung bei den Faszisten und den anderen bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der Popolari), als der sozialistische Abgeordnete Canevari einen Antrag einbrachte, der nichts anderes forderte, als die Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens im ganzen Königreich, und zwar die glatte Expropriation ohne Entschädigung der Eigentümer. Zur großen Ueberraschung der Gegner dieses Antrages erklärte der Popolari-Minister Mauri, er halte es für durchaus nötig und richtig, denselben einer Kommission zur Beratung zu überweisen, damit den Sozialisten Gelegenheit gegeben werde, sich über die Berechtigung und Ausführbarkeit ihres Agrarprogramms eingehend auszusprechen. Er fügte hinzu, man müsse sich überhaupt darüber freuen, daß die sozialistische Partei anfange, sich auf den Weg der politischen Mitarbeit zu begeben. Der Vorschlag des Ministers wurde mit 228 gegen 40 Stimmen angenommen.

Die großen Ehrungen, welche dem Entente-Generalissimus Foch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zuteil wurden, haben den italienischen Oberfeldherr Diaz, der bekanntlich nach der furchtbaren Niederlage bei Kapretto als Nachfolger des einst mit so reichen Vorschußlorbeeren bedachten Cadorna unter Mithilfe der Entente das italienische Heer vor dem Untergang rettete, nicht ruhen lassen. Wenn man die Ausdauer und Leistungsfähigkeit, die den Generalissimus Diaz bei dem Besuch der zahlreichen in Nordamerika zerstreuten italienischen Kolonien an den Tag legte, gerecht würdigt, so muß man in Zweifel geraten, ob er sich in den Künsten des Krieges oder des Friedens die größeren Verdienste erworben hat.

Hören wir, was der bekannte Kriegsberichterstatter Barzini über diese Rundreise schon jetzt summarisch mitzuteilen weiß: Niemand sollte es für möglich halten, daß der Generalissimus in 40 Tagen 22 000 Kilometer mit der Eisenbahn und 4000 mit dem Auto zurückgelegt hat, eine Strecke, die gleich groß ist der doppelten Breite des Atlantischen Ozeans plus dem Umfang der Erde am Aequator. Um die Zeit völlig auszunützen, hat er 28 Nächte im Eisenbahnzug zugebracht, was ihm ermöglichte, täglich mindestens sechs Empfänge mitzumachen. Er hielt 110 Reden mit einem Maximum von 14 in zwei Tagen und kam dabei mit mehreren Millionen Menschen in Berührung. Die Zahl der Händedrücke, die Herr Diaz erhielt, übersteigt jede Schätzung; ein allzu begeisterter Landsmann verrenkte ihm dabei einen Finger. Er wurde nicht nur zum Ehrendoktor von 14 Universitäten ernannt, sondern auch zum Ehrenmitglied eines Indianerstammes „wegen der vielen Siege". Er durchfuhr auf seinem Triumphzug die nebligen Gegenden der Oststaaten, die Frühlingsgefilde Kaliforniens und besuchte das tropische Neu-Orleans; einmal brachte er es fertig, ohne auszuruhen, 14 Stunden hintereinander Besuche zu empfangen. In der Tat, eine Kräfte verzehrende Reise, von der er in die Heimat das Bewußtsein mitbringen wird, eine schwerwiegende Pflicht erfüllt zu haben!

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Ein kritisches Stadium.

Berlin, 11. Jan. Nach einer Meldung des „Matin" aus Warschau soll die polnische Delegation in Oberschlesien durch die Warschauer Regierung angewiesen worden sein, keiner Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nehme, das deutsche Vermögen in Oberschlesien zu liquidieren. Sollte diese Nachricht zutreffen, so würden die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in ein kritisches Stadium treten, denn Deutschland dürfte nicht in der Lage sein, einen Vertrag abzuschließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einräumt.

w. **Beuthen**, 11. Jan. Gestern begann im Sitzungssaal des Stadthauses in Beuthen der Empfang der Vertreter der verschiedenen Berufsstände der deutschen Bevölkerung, sowohl aus den deutschbleibenden, wie aus den abzutretenden Teilen Oberschlesiens. In ausführlichen Besprechungen kamen die Vertreter des Handelsgewerbes, des Handwerks, des großen, mittleren und kleinen Grundbesitzes, der freien Berufe, der Presse und der drei Religionsgemeinschaften zu Worte. Die Vertreter dieser Stände brachten übereinstimmend die schweren Sorgen zum Ausdruck, mit der die deutsche Bevölkerung in dem abzutretenden Teil dem Begehren der Polen nach Liquidation des deutschen Eigentums entgegensieht. In eindringlichen Worten wurde dem Präsidenten Calonder geschildert, wie unter der beständigen Drohung der Liquidation niemand sein Gewerbe, seinen Handel oder sein Handwerk ausüben könne, und daß die Landwirtschaft, die Presse und die Religionsgemeinschaften dadurch aufs schwerste gefährdet würden. Mit großem Nachdruck wurde von allen Rednern ausreichende Sicherung zum Schutze der deutschen Schulen, der Volksschulen und der höheren Schulen, der Fach- und Fortbildungsschulen im abzutretenden Gebiet gefordert. Gleichzeitig ergab sich Gelegenheit, die Aufmerksamkeit des Präsidenten Calonder auf die einseitige Begünstigung Polens durch die Genfer Beschlüsse zu lenken, die die freie Ausfuhr des polnischen Teiles nach dem deutschen Teil für die nächsten drei Monate gewährleiste, ohne dem deutschen Teil eine entsprechende Gegenleistung zu geben. Die Vertreter der drei Religionsgemeinschaften forderten im Interesse der religiösen Erziehung freien Gebrauch der Muttersprache in Kirche, Schule und Vereinen. In seiner Erwiderungsansprache erklärte Präsident Calonder, er erblicke seine vornehmste Aufgabe in der wirksamen Ausgestaltung des Schutzes der Minderheiten.

Deutsches Reich

Ersparnisse im Reichshaushalt.

(Eigener Drahtbericht).

b. **Berlin**, 11. Jan. Die größeren deutschen Einzelstaaten, Preußen an der Spitze, sind der „Täglichen Rundschau" zufolge, vor einiger Zeit übereingekommen, nachdrücklich auf Ersparnisse im Reichshaushalt hinzuwirken. Es ist in Aussicht genommen, zwei Reichsministerien als überflüssig zu streichen, und zwar das Reichsschatzministerium, das dem Finanzministerium eingegliedert werden kann, und das Reichsernährungsministerium, das als Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums weiterbestehen soll. Die Vertreter der Einzelstaaten im Reichsrat sollen angewiesen worden sein, bei der Beratung des Reichshaushaltsplanes für das neue Rechnungsjahr entsprechende Abstriche an dem Haushalt vorzunehmen.

Die Besoldungsverhandlungen.

Berlin, 11. Jan. Heute mittag wurden die Verhandlungen über die Frage der Beamtenbesoldung der Reichsbeamten und Arbeiter fortgesetzt. Zunächst wurde die Frage der Entlohnung der Arbeiter allgemein erörtert und es wurden Vergleiche gezogen zwischen den Löhnen in der Industrie und bei der Eisenbahnverwaltung. Die Verhandlungen dauern noch an.

Die Eisenbahnreform.

Berlin, 11. Jan. Der Entwurf zum Reichseisenbahnfinanzgesetz wurde gestern im Reichsverkehrsministerium mit einer großen Anzahl hervorragender Sachverständiger auf dem Gebiete der allgemeinen Volkswirtschaft und des Eisenbahnwesens eingehend erörtert. In einer allgemeinen Aussprache wurde die Auffassung über die Grundzüge des Entwurfes geklärt. Die Einzelprüfung des Entwurfes wurde einem kleineren Ausschuß überwiesen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 11. Jan. Nach einer noch unbestätigten Blättermeldung soll die nächste Erhöhung der Eisenbahntarife, die für den ersten Februar in Aussicht genommen ist, den ins Auge gefaßten Satz einer 80prozentigen Erhöhung noch übersteigen.

Das Wahlergebnis für die Vertrauensmänner der Reichsversicherungsanstalt.

(Eigener Drahtbericht.)

w. **Berlin**, 11. Jan. Nach amtlicher Feststellung wurden bei den Wahlen für die Vertrauensmänner und Ersatzleute der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin für die miteinander verbundenen 5 Listen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, des Frauenberufs-Verbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, des Vereins junger Kaufleute von Berlin und des Deutschen Bankbeamtenvereins, insgesamt 31 048 Stimmen abgegeben, während auf die Liste der Afa 21 558 und auf die Liste der Versicherungsangestellten 508 Stimmen entfielen. Damit ist der Gedanke des Afabundes, eine Verschmelzung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung herbeizuführen, hinfällig geworden.

Die politische Betätigung der Polizeibeamten.

Berlin, 11. Jan. In einem Erlaß des preußischen Ministers des Innern über die Auflösung der Organisationen Escherich, Roßbach, Aulock, Oberland, Hubertus und Heydebreck wird betont, daß die Verbote namentlich für die Polizeibeamten Geltung haben, zu deren besonderen Pflichten es gehöre, die bestehenden Gesetze mit dem Einsatz der ganzen Persönlichkeit zu schützen. Uebertretungen des Verbotes würde disziplinarische Bestrafung und gegebenenfalls Entlassung nach sich ziehen. Außerhalb des Dienstes und in bürgerlicher Kleidung unterliege die politische Betätigung der Polizeibeamten unbeschadet der durch die Verfassung gebotenen Einschränkung keiner Beschränkung. Der Minister erwartet, daß sich die Beamten in und außerhalb des Dienstes stets bewußt sind, Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei zu sein. Aus diesem Grunde müßten sich die Polizeibeamten von einer öffentlichen Betätigung auch solcher Organisationen fernhalten, deren Ziel nicht offenkundig und einwandfrei verfassungstreu sei.

Deutschland soll Zeppeline für Amerika bauen.

London, 11. Jan. Die „Times" berichten, der Botschafterrat habe eingebilligt, daß die deutschen Zeppelinwerke ein Luftschiff für die amerikanische Regierung bauen.

*

Amtsvormundschaft. Das Archiv Deutscher Berufsvormünder in Frankfurt a. M. hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der um Einführung einer Amtsvormundschaft gebeten wird.

Ein Druck der Gewerkschaften in der Steuerfrage.

Berlin, 11. Jan. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht durch eine Korrespondenz ein Schreiben, in dem es heißt: Die Einziehung der Vermögenssteuer und des Reichsnotopfers läßt auf sich warten. Von der Kreditaktion der Industrie und der Heranziehung der Landwirtschaft hört man seit dem Beschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates auch wenig mehr und die Erfassung der Sachwerte scheint gänzlich begraben werden zu sollen. Die Erhebung der Lohn- und Gehaltsabzüge geht prompt vonstatten. Die Gewerkschaften sind nicht willens, sich mit diesem Zustande der Lastenverteilung abzufinden und haben deshalb in Gemeinschaft mit dem Vorstand der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Frage der Erfassung der Sachwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt. Die Kommission wird ihre Arbeiten unmittelbar nach dem Parteitag der U. S. P. aufnehmen.

Der Steuerabzug.

III. (Schluß.)

Wie wird der Steuerabzug vorgenommen?

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sein Steuerbuch dem Arbeitgeber bei jeder Lohn- oder Gehaltszahlung vorzulegen. Weigert er sich, so hat der Arbeitgeber den Steuerabzug ohne Berücksichtigung der Ermäßigungen vorzunehmen. Er kann das Steuerbuch auch dem Arbeitgeber zur Aufbewahrung überlassen. Der Arbeitgeber hat das Steuerbuch dem Arbeitnehmer jederzeit auf Verlangen auszuhändigen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, von den bei ihm beschäftigten Arbeitnehmern für deren Rechnung bei jeder Lohnzahlung einen Betrag von 10 Prozent des Arbeitslohnes unter genauer Berücksichtigung der auf dem Steuerbuch festgesetzten Jahresgesamtermäßigung einzubehalten. Die dem Jahresbetrag entsprechenden Steuermäßigungen für die einzelnen Lohnzahlungen sind aus der auf der Rückseite des Steuerbuchs befindlichen Umrechnungstabelle leicht zu ersehen. Die Verwendung der einbehaltenen Steuerbeträge kann je nach Wahl des Arbeitgebers durch Steuermarken oder aber durch Einzahlung bezw. Ueberweisung erfolgen. Im zweiten Falle ist ein entsprechender Antrag beim Finanzamt erforderlich; die bisher erteilten Genehmigungen bleiben jedoch in Kraft.

Falls die Vornahme des Steuerabzugs durch Kleben von Steuermarken erfolgt, so hat der Arbeitgeber für den einbehaltenen Steuerbetrag Steuermarken in die losen Einlagebogen des Steuerbuches einzukleben und durch Niederschrift des Tages der Verwendung zu entwerten; in eine andere Spalte des Bogens wird der Verdienst des Arbeitnehmers und der Wert der verwendeten Marken eingetragen. Dies hat bei jeder Lohnzahlung zu erfolgen. Doch kann das Finanzamt auf Antrag Arbeitgebern gestatten, die Steuermarken nach Ablauf des Monats, jedoch spätestens bei Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis, einzukleben und zu entwerten. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers ist ein neuer Einlagebogen zu verwenden. Bei unständig beschäftigten Arbeitern kann dies jedoch unterbleiben. Der Arbeitgeber hat nach Ablauf des Kalendervierteljahres oder bei Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis die Einlagebogen dem Arbeitnehmer auszuhändigen. Die Einlagebogen sind im Januar eines jeden Jahres von dem Arbeitnehmer dem Finanzamt einzusenden; an Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einsendung der Einlagebogen übernehmen.

Falls die Vornahme des Steuerabzugs durch Einzahlung oder Ueberweisung erfolgt, ist der Arbeitgeber verpflichtet, für jeden Arbeitnehmer ein Ueberweisungsblatt zu führen, in das er bei jeder Lohnzahlung Lohnhöhe und Steuerbetrag einträgt. Das Finanzamt kann auf Antrag gestatten, daß die Eintragungen erst am Schluß des Kalendervierteljahres, und zwar spätestens bis zum Ablauf des darauf folgenden Monats, vorgenommen werden. Die Einzahlung oder Ueberweisung der einbehaltenen Steuerbeträge an die Finanzkasse hat in kürzester Frist nach jeder Lohnzahlung zu erfolgen, und zwar in einer Summe, ohne Bezeichnung der einzelnen Arbeitnehmer. Das Finanzamt kann auf Antrag genehmigen, daß die Ueberweisung erst innerhalb der ersten 10 Tage nach Ablauf des Monats oder Kalendervierteljahres erfolgt. Jedoch sind die Arbeitgeber im Falle vierteljährlicher Ueberweisungen verpflichtet, monatliche Abschlagszahlungen in Höhe von einem Drittel des überschlägig zu berechnenden Vierteljahresbetrages zu leisten. Bleiben die Abschlagszahlungen hinter dem wirklich abzuführenden Betrage erheblich zurück, so kann das Finanzamt die Genehmigung zur vierteljährlichen Abführung zurückziehen.

Die Finanzämter verzeichnen die eingehenden Beträge in einem Arbeitgeberkontobuch, in dem für jeden überweisenden Arbeitgeber ein besonderes, vierteljährlich abzuschließendes Konto angelegt ist. Die Arbeitgeber müssen die Ueberweisungsblätter vierteljährlich abschließen und neue für das folgende Kalendervierteljahr anlegen. Die Summe der Steuerbeträge der einzelnen Ueberweisungsblätter sind in sog. Nachweisungen und von diesen wieder in eine sog. Zusammenstellung zu übertragen. Ueberweisungsblätter, Nachweisungen und Zusammenstellung müssen spätestens bis zum Ablauf des auf den Schluß des Kalendervierteljahres folgenden Monats geordnet dem Finanzamt eingeliefert werden. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer auf dessen Verlangen vierteljährlich oder bei Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis eine Bescheinigung über den einbehaltenen und abgeführten Steuerbetrag auszustellen. — Das Finanzamt überwacht die ordnungsmäßige Durchführung des Steuerabzuges. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, den Kontrollbeamten Einblick in die Steuerbücher, Lohnbücher usw. zu gewähren. Entsprechende Verpflichtungen liegen den Arbeitnehmern ob.

Wann erfolgt trotz des Steuerabzugs eine Veranlagung?

Steuerpflichtige, deren gesamtes steuerbares Einkommen in einem Kalenderjahr den Betrag von 50 000 ℳ nicht übersteigt, brauchen keine Steuererklärung abzugeben. Doch kann jeder Steuerpflichtige seine Veranlagung zur Einkommensteuer beantragen, wenn seine Werbungskosten den Betrag von 5400 ℳ übersteigen und nicht schon beim Steuerabzug berücksichtigt worden sind; ferner wenn besondere, die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse (§ 26 Eink.St.G.; z. B. außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger durch Krankheit, Verschuldung, Unglücksfälle usw.) vorliegen oder Anspruch auf Anrechnung der Kapitalertragsteuer (§ 44 Eink.St.Ges.) besteht; und endlich wenn die zulässigen Ermäßigungen beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt worden sind. Findet eine Veranlagung auf Antrag des Steuerpflichtigen statt, so wird stets das gesamte steuerbare Einkommen veranlagt. Tritt zu dem Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen, das veranlagungspflichtig ist, hinzu, so ist zwecks Prüfung, ob das gesamte steuerbare Einkommen nicht den Betrag von 50 000 ℳ übersteigt, die Höhe des Arbeitslohns mit anzugeben. Bei der Veranlagung dieses sonstigen Einkommens kommen Steuerermäßigungen nur dann in Betracht, wenn diese beim Steuerabzug nicht voll berücksichtigt worden sind. Im übrigen kann das Finanzamt jeden Steuerpflichtigen zur Abgabe einer Steuererklärung auffordern, insbesondere dann, wenn der Steuerabzug nicht ordnungsgemäß vorgenommen ist oder irrtümlicherweise eine unberechtigte Erhöhung der Steuerermäßigung vorgenommen wurde oder die vorgeschriebenen Belege über den Steuerabzug nicht vorgelegt worden sind. Ein Arbeitnehmer, bei dem im Laufe des Kalenderjahres für den Rest des Kalenderjahres der Bezug von Arbeitslohn infolge Aenderung der Erwerbsverhältnisse wegfällt, hat dies dem Finanzamt anzuzeigen und gleichzeitig die in seinem Besitz befindlichen Einlagebogen mit entwerteten Steuermarken einzureichen. Das Finanzamt setzt hierauf die vorläufige Steuerschuld für das betreffende Jahr nach dem vermutlichen Jahresbetrage des steuerbaren Einkommens fest. Auf diese vorläufige Steuerschuld ist nur der Betrag zu entrichten, um den diese Steuerschuld den vollzogenen Steuerabzug übersteigt. Ergibt die Veranlagung, daß die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge über die endgültige Steuerschuld hinausgehen, so sind die entsprechenden Beträge bei der endgültigen Veranlagung bar zu erstatten. Auch ohne Veranlagung kann beim steuerbaren Einkommen unter 50 000 Mark eine Erstattung einbehaltener Steuerbeträge stattfinden, wenn infolge teilweiser Erwerbslosigkeit die Steuerermäßigungen nicht voll in Anrechnung gebracht sind; hierzu ist ein besonderer Antrag notwendig, der erst nach Ablauf eines Kalendervierteljahres, spätestens bis zum 15. des auf den Ablauf des Vierteljahres folgenden Monats beim Finanzamt eingereicht werden muß.

Presse — Behörden — Publikum.

In den „Frankfurter Nachrichten", die in diesen Tagen das Fest ihres 200jährigen Bestehens feiern konnten, ist ein beachtenswerter Aufsatz über Presse — Behörden — Publikum zu lesen, dem wir auszugsweise folgende Ausführungen entnehmen:

Den Zeitungen steht eine schwere Zeit bevor, vielleicht die schwerste, die sie jemals zu überwinden hatten. Nicht einmal der Krieg hat die Presse in solche Existenzgefahr gebracht, der sie heute gegenübersteht. In erster Linie sind allerdings die Gründe dafür in der allgemeinen Geldentwertung zu suchen, in den immer höher steigenden Preisen für Papier und sonstige Rohstoffe, wie in den anwachsenden Löhnen und Gehältern. Aber auch Behörden und Publikum sind nicht ganz von der Mitschuld an der gefahrvollen Lage des Zeitungsgewerbes freizusprechen. Trotzdem die Zeitung der tägliche Begleiter des Menschen ist, trotzdem er nicht ohne sie auskommen kann und will steht er doch dem ganzen Wesen einer Zeitung, der Art ihrer Entstehung unwissend gegenüber. Behörden und Publikum verkennen auch meist völlig den Zweck der Zeitungen und betrachten diese nicht selten als notwendiges Uebel. Allerdings nur so lange, bis sie selbst einmal in die Lage kommen, die segensreiche Einrichtung der Presse in den Dienst ihrer persönlichen Interessen zu stellen. Aber trösten wir uns. Diese allgemeine Unverständlichkeit in Zeitungsfragen ist nicht von heute und gestern. Wenn man in der 200jährigen Geschichte der „Frankfurter Nachrichten" blättert, stößt man mehr als einmal auf diese Verständnislosigkeit. So hatte z. B. Dr. Dietz, der von 1774 bis 1819 Besitzer der „Frankfurter Nachrichten" war, manch heftigen Streit auszufechten, um Rat und Publikum klarzumachen, daß man von ihm nicht verlangen könnte, z. B. ganze Ratsedikte, Schöffendekrete, Aemterverordnungen und dergleichen kostenlos in seinem „Blättchen" abzudrucken. Er forderte Bezahlung für derartige Leistungen, denn „jede Arbeit sei ihres Lohnes wert". Auch gegen das Freiblätterunwesen gegenüber sämtlichen Behörden mußte er ankämpfen, wie er ebenso mit drastischen Beispielen seine Kundschaft davon überzeugen mußte, daß man ihm nicht zumuten könne, 60 Jahre nach Entstehen der Zeitung nur noch die Preise für Abonnement und Anzeigen zu erheben, welche 1722 der Gründer des Unternehmens festgesetzt hatte. „Ein Handelsmann, dessen Eltern den Caffee das Pfund um 12 Kreuzer verkauft hätten, könne ihn jetzo um diesen Preiß nicht mehr geben. Ebenso seien die Beamtengehälter erhöht worden; es würde z. B. für einen Herrn Syndicus sehr betrübend sein, wenn er noch heutzutag mit 130 Gulden Gehalt vorlieb nehmen müsse, darum sei nicht abzusehen, weshalb die „Nachricht" allein zurückbleiben solle."

Vielleicht ist es ein Fehler, daß die deutsche Presse und ihre Redakteure stets unpersönlich und bescheiden im Dunkeln bleiben, während sie für andre immer das Wort ergreifen und nur den Ruhm andrer künden. Aber wir deutschen Journalisten und Redakteure wollen gar keine Loblieder auf uns selber singen. Es gibt auch wohl schlechterdings in Deutschland keinen Stand und keinen Beruf, der so sehr wie gerade „die Zeitungsschreiber" auf öffentliche Anerkennung verzichtet und auch nicht danach geizt. Aber eines verlangen wir: das ist, daß man unsere Arbeit achtet und uns selbst. Es steckt eine Unsumme von Idealismus im deutschen Journalisten, denn, wer nicht mit Leib und Seele Journalist ist, leistet in dem Beruf nichts. Und alle die „Zeitungsschreiber", die an dem riesigen Räderwerk mitarbeiten, um den Sekundenzeiger der Weltgeschichte im Gang zu halten, sie alle, die auch ihre besten Leistungen schon morgen Makulatur werden sehen, die sich aber tagaus, tagein unermüdlich abschuften — für andre, sie haben den Anspruch, daß man ihre Arbeit achtet wie jede andre. Und noch eins: der Ruhm gebührt der deutschen Presse, sie ist unbestechlich. Und sie sorgt selbst dafür, daß Elemente, die darin anders denken, aus ihr entfernt werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Bunte Chronik.

Eine Frau Stadtrat als Ladendiebin. In einem Warenhaus in Berlin-Schöneberg sind durch die Aufmerksamkeit einer Verkäuferin drei Ladendiebinnen verhaftet worden. Die drei Diebinnen, von denen eine die Frau eines Stadtrates ist, haben die Diebstähle gewerbsmäßig ausgeführt. Sie stahlen vor allem Damenkleider, Röcke und Blusen, die sie unter ihren eigenen Kleidern verbargen.

Seine eigene Tochter aus Eifersucht erschossen. Der 42 Jahre alte Schuhmacher Herm. Schütze in Berlin erschoß seine 21jährige Tochter und dann sich selbst. Nach den bisherigen Ermittelungen haben zwischen Schütze und seiner Tochter unerlaubte Beziehungen bestanden, die in die Brüche zu gehen drohten, nachdem die Tochter einen jungen Mann kennen gelernt hatte, der sie heiraten wollte. Aus Eifersucht hat Schütze nun die schreckliche Tat begangen.

Gefährdung der Düsseldorfer Elektrizitätsversorgung. Nach einer Meldung aus Düsseldorf haben die städtischen Elektrizitätswerke wegen Kohlenmangels, der auf vollständige Verstopfung der Bahnhöfe zurückzuführen ist, die Kraftversorgung an die Industrie eingestellt. Nur lebenswichtige Betriebe sollen noch mit Strom versorgt werden. Die Lichtversorgung wird einstweilen aufrecht erhalten.

Denkmalschäden. In der Berliner Siegesallee sind in der vorletzten Nacht an fast allen Denkmälern Beschädigungen verübt worden. Vor dem Denkmal Friedrich Wilhelm I. wurden beide Bronzekronen abgebrochen und entwendet. Am Denkmal Friedrich des Großen ist der Marmorsockel beschädigt und aus der Bronzekrone mehrere Zacken ausgebrochen.

Die Unterschlagungen bei der Berliner Polizei. Von dem Millionenbetrag, den der Schutzpolizeibeamte Festner in Berlin vor einiger Zeit unterschlug, wurden in Grünberg in Schlesien bei Verwandten des Festner 250 000 Mark beschlagnahmt.

Fabrikbrände. Als Brandstifter des Großfeuers, das die Kunstmühlenwerke Weidling in Stendal vernichtete, wobei ein Schaden von 10 Millionen Mark entstanden ist, ist der frühere Heizer der Werke, Rückert, verhaftet worden. — Nach einer Meldung aus Halle vernichteten in den Gummi-Werken Einbeck ein Großfeuer die Gummi-Abteilung mit großen Gummivorräten, die Tischlerei und die Expeditionsbaracke. Der Schaden beträgt 2½ Millionen Mark. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Stimmen aus dem Publikum

Merkwürdige Zustände im Krematorium. Dienstag vormittag sollte um ½11 Uhr die Feuerbestattung des Opernsängers Karl Giesen vor sich gehen. Eine ansehnliche Trauergemeinde hatte sich eingefunden und harrte in dem Krematorium der Trauerfeier. Erst nachdem die Trauergäste lange vollzählig versammelt waren, wurde der Sarg hereingebracht. Wieder vergingen bange Minuten, die zu Dreivierteilstunden anwuchsen, kein Mensch regte sich, Aufklärung zu schaffen, warum die Feuerbestattung nicht vor sich gehe. Endlich kam die Nachricht, daß der Pfarrer nicht eingetroffen sei. Während dieser Pause hatte ich Gelegenheit, das Innere der Kapelle zu besichtigen. Der Katafalk über dem Sarg scheint seit Monaten nicht abgestaubt worden zu sein; auf der Kanzel steht ein blanker unschöner Akkumulator zur Lichterzeugung; keine verständnisvolle Hand hat sich gefunden, diesen durch einige Blumen zu verbergen, und dann — man stelle sich vor, daß die trauenden Hinterbliebenen und die Trauergäste samt und sonders in der Kapelle versammelt waren — hörte man deutlich aus dem Heizraum des Krematoriums herauf das Einschippen der Kohlen, so daß man eher glauben konnte im Heizraum eines Torpedobootes als bei einer Beisetzung zu sein. Nach dreiviertel Stunden Verspätung kam endlich der Pfarrer und entschuldigte sich ob seines Zuspätkommens damit, das Bestattungsamt hätte den Wagen verspätet geschickt. Diese Zustände sind einer Stadt wie Karlsruhe nicht würdig. Es kann und muß verlangt werden, daß der Betrieb des Krematoriums derart geregelt wird, daß der Pietät und dem Empfinden der Hinterbliebenen in vornehmer und menschenwürdiger Weise Rechnung getragen wird. Th. D.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 11. Januar 1922 18 Uhr morgens M.E.Z.

Ort	Luftdr. in NN	Temp. C°	Winde Richtg	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
	mm					
Hamburg	76[illegible],2	4	W	frisch	wolkig	0
Danzig	754,8	3	WSW	stürm.	wolkig	0,5
Berlin	762,8	4	WNW	stark	bedeckt	0,5
Frankfurt	77[illegible],0	5	NW	frisch	wolkig	0,5
München	773,1	1	SW	mäßig	wolkenl.	8
Kopenhag.	75[illegible]	2	W	schwach	halbbd.	0
Stockholm	7[illegible]5,8	—4	WSW	leicht	heiter	—
Haparanda	750,2	—	NNO	—	—	—
Skudenes	—	—	—	—	—	—
Valentia	774,3	8	WNW	leicht	wolkig	0,5
Paris	—	—	—	—	—	—
Toulouse	—	—	—	—	—	—
Zürich	775,0	4	W	leicht	bedeckt	6
Wien	—	—	—	—	—	—

Allgemeine Witterungsübersicht.

Von der Biskayasee hat sich hoher Luftdruck stärker über Mitteleuropa ausgebreitet, doch bleibt das Wetter unter der Herrschaft westlicher Luftströmungen meist trüb und mild; vielfach ist in Baden wieder Regen, auf dem Hochschwarzwald Schnee gefallen. Stärkere ozeanische Störungen scheinen vorläufig dem Festland fern zu bleiben, so daß der Einfluß des hohen Druckes noch zunimmt.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 12. Januar: Wolkig, nur vereinzelt geringe Niederschläge, etwas kälter, im Gebirge wieder leichter Frost.

Schneeberichte:

Feldberg: 65 Ztm., vereister Schnee, minus 2 Gr., Nebel.

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[30]

	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m								
	—	3	10	2	NW	leicht	wolkig	9
Königstuhl Seehöhe 563 m								
	772,0	0	7	0	W	schwach	Nebel	—
Karlsruhe Seehöhe 120 m								
	773,1	3	12	2	SW	leicht	bedeckt	6
Baden-Baden Seehöhe 213 m								
	772,8	4	11	—	SW	leicht	bedeckt	10
St. Blasien Seehöhe 780 m								
	—	—1	6	—2	—	—	bedeckt	7
Villingen Seehöhe 712 m								
	774,5	—2	7	—2	—	still	Nebel	5
Feldbergerhof (Schw. Seehöhe 1281 m								
	658,5	—2	4	—2	NW	leicht	Nebel	15

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	11. Jan.		10. Jan.
Schusterinsel	3,00 m		3,55 m
Kehl	4,20 m		2,73 m
Maxau	5,53 m		3,91 m
„	— m	mittags 12 Uhr	4,25 m
„	— m	abends 6 Uhr	4,76 m
Mannheim	3,42 m		2,20 m

Pfannkuch & Co

Dörrobst

Mischobst Pfd. Mk. 9.—

Apfelschnitze Pfd. Mk. 7.—

Birnenschnitze Pfd. Mk. 7.—

Zwetschgen Pfd. Mk. 9.—

und Mark 10.50

Feigen Pfd. Mk. 15.—

Kranzfeigen Pfd. Mk. 18.—

Pfannkuch & Co

Brennholz

Buchen-, Tannen- und Forlenholz, alte Fällung, ofenfert.

Anfeuerholz, kurz gesägt, prima trocken, liefert fuhren- u. zentnerweise frei Haus zu den billigsten Preisen.

Fr. Kempermann

Holzhandlung, Sägerei, Spalterei

Gerwigstr. 53

Teleph. 5206

Heirat.

Geb. j. Dame, 26 J., angenehmes Aeußere, tücht. im Haushalt, mit sehr schöner Aussteuer, vermögend, wünscht mit charakterv. kath. Herrn (Beamter, Akad. od. Kaufm.) bekannt zu werden. Da die Dame im Klavierspiel vollst. ausgebildet ist, wird Wert auf einen musikverständigen Herrn gelegt. Gefl. Angebote befördert unter F. K. 4023 **Rudolf Mosse, Karlsruhe.**

Stammholz-Versteigerung

Die Gemeinde Nußheim versteigert am Montag, den 16. d. M., nachmittags von 1 Uhr ab, im Holzschlag meistbietend: 2 Eichen, 66 Eschen, 6 Erlen und 62 Pappelstämme.

Bürgermeisteramt

Elser.

Zu vermieten

Wohnungs-Tausch Heidelb.-Karlsruhe

hübsche, moderne 3 Zimmerwohnung mit einger. Bad u. Mansarde, i. gut. Lage Heidelbergs gegen solche in Karlsruhe sof. zu tauschen gesucht. Angebote unter Nr. 8857 ins Tagblattbüro erbeten.

Wirtschaft.

In der Nähe von Karlsruhe ist eine Wirtschaft mit größerem Nebenzimmer, schönen Kellern, alles mit elektr. Lichtanlage, an tüchtige, kautionsfähige Wirtsleute auf sofort zu verpachten. Verkauf nicht ausgeschl. Großes Zimmer m. Küche ist auch sofort beziehbar. Angebote unter Nr. 8858 ins Tagblattbüro erbet.

Miet-Gesuche

Brautpaar sucht **leeres Zimmer** und Küche auf 1. März. Südwststadt bevorzugt. Angeb. unt. Nr. 8855 i. Tagblattb. erb.

Zimmer

Zu mieten gesucht **hübsches Zimmer,** evt. mit Pension, in gutem Haus. Angebote unter Nr. 8846 ins Tagblattbüro erbet.

Besseres Fräulein

sucht gut möbl. **Zimmer** mit Licht. Weststadt bevorzugt. Angeb. unt. Nr. 8848 ins Tagblattbüro.

Beamtin einer hiesigen Fabrik sucht **gut möbl. Zimmer.** Angebote unter Nr. 8852 ins Tagblattbüro erbet.

Ein alter Mann sucht ein **leeres Zimmer** mit Ofen u. Licht. Familienanschluß, Mittel- od. Oststadt. Ang. u. Nr. 8862 ins Tagblattbüro erbet.

möbl. Mansarde ges.

Angebote unter Nr. 8845 ins Tagblattbüro erbet.

Leeres Zimmer (Mansarde) zu mieten gesucht. Angeb. mit Preisangabe unter Nr. 8856 ins Tagblattbüro erbet.

Als Lagerplatz oder als Acker zu verpachten:

ca. 1667 qm an der Karlstraße, Ecke Kantstraße gelegen, ca. 1690 qm an der Rottekstraße bei der Ettlingerstraße gelegen, in nächster Nähe des Hauptbahnhofes, sind im ganzen oder geteilt zu verpachten. Angebote an **L. Wohlschlegel,** Kaiserstraße 173.

Jüngerer Architekt oder Techniker, flotter Zeichner, sofort gesucht. Angebote mit Skizzen in Briefform nebst Gehaltsansprüchen für das Baubüro einer Großbank unter Nr. 508 an Invalidendank, G. m. b. H., Mannheim.

Lebens-Existenz

für gebld. Dame, Herrn od. Ehepaar

Für den Bezirk **Karlsruhe** ist die Leitung und Ausübung eines

konkurrenzlosen Heilverfahrens

sofort zu vergeben. Die Ausbildung erfolgt kostenlos, ebenso werden die sehr wertvollen Apparate vollständig kostenlos gestellt.

Heilinstitute nach demselben System sind bereits in West- und Norddeutschland mit bestem Erfolg tätig.

Jahreseinkommen 100—120 000 Mk.

Fachkenntnisse nicht erforderlich. Selten aussichtsreiche befriedigende Tätigkeit. Nur Persönlichkeiten mit allerbestem Ruf welche über ein Kapital von 45—50 000 M. verfügen, schreiben sofort an Dr. **Bahrmann, Düsseldorf-Oberkassel,** Schorlemerstraße 28, parterre.

Wir suchen für den provisionsweisen Ankauf

gebrauchter Wein- und Sekt-Flaschen

einen tatkräftigen Vertreter, der über ausreichende Lagerräume für das Einsammeln verfügt.

John Schütt & Co. m. b. H.,

Hamburg, Jungfernstieg 30, Hamburger Hof.

Kaufm. Lehrling

mit guter Schulbildung und schöner Handschrift

sofort gesucht.

Schriftliche Angebote mit Lebenslauf an

Marx Stahler & Barth,

Karlstraße 67.

Stenotypistin

auf ein hiesiges kaufm.-techn. Büro für **sofort** od. zum **1. Februar** gesucht. Es wollen nur perfekte Bewerberinnen gefl. Angebote einreichen unt. Nr 8423 ins Tagblattbüro.

Wegen Erkrankung des jetzig. sucht per sof. ein v. tücht. ehrlich. **Mädchen** m. gut. Empf. b. hoh. Lohn. **Wilhelm,** Bürgerstraße 11, 2. Stock.

Besseres Mädchen, f. Küche u. Haus z. 1. Febr. oder 1. März gesucht. Zu melden von 6—7 Uhr bei Frau Regierungsapotheker **Palmer,** Bismarckstr. 21.

Alleinmädchen a. 15. Jan. od. 1. Febr. zu zwei Pers. ges. in gute Stelle. Vorzustell. von 10—5 Uhr Friedenstr. 22, 2. Stock.

Sofort gesucht tüchtiges ehrliches

Allein mädchen

für Küche und Haushalt bei hohem Lohn in kleine Familie: Hardtstraße 37, Villa v. Seldeneck.

Säuglingspflegerin

jüng. Fräulein, gesund, zu 8 Monate altem Kinde nach Offenburg gesucht. Hoher Lohn und vollständ. Familienanschluß. Angebote unter Nr. 8453 ins Tagblattbüro erbet.

Jüngeres Mädchen

zur Mithilfe für Küche u. Hausarbeit sofort **ges. Pension Fischbach, Karlstraße 6.**

Kapitalien

Geld

erhalt. Sie bei günstigen Bedingungen u. Ratenzahlung durch

L. Engelhard,

Gartenstr. 11 H., III.

Für Herr oder Dame

ist Gelegenheit geboten an einer Modejournal- und Schnittmusterstube sich still oder tätig zu beteiligen. Gute Schrift Bedingung. Angebote unter Nr. 8863 ins Tagblattbüro erbeten.

Die Erfahrung aller Großinserenten geometrisch ausgedrückt

Erfolg der Anzeigen

Geschickte Aufmachung der Anzeigen

Bar-aufwendung

$A^2 + B^2 = E^2$

Karlsruher Tagblatt bestbewährtes Insertionsorgan

Verkäufe

Grundstück

Verlängerung der Südendstraße, 14.09 m, pro qm 14 Mk. z. verkf. Ang. u. Nr. 8854 i. Tagblattbüro.

Div. Möbel (Altertum) wegen Platzmangel zu verkaufen. Händlerverb. Anzus. v. 12—4 Uhr nm. Amalienstr. 85, 5. Stock.

Damenschreibtisch, Bücherschrank, Chiffonniere, Vertiko, Eckschrank, Tisch, Stühle, Ruhebett, kl. Herd zu verkauf. An- u. Verk. **Ruf,** Adlerstraße 8.

Kinderbett,

gut erhalten, preiswert zu verkaufen. **Wölfle,** Essenweinstraße 38, III.

! Diwans !

! Chaiselongues !

neue, m. u. ohne Decken, prima Ware, billig. **Köhler,** Schützenstr. 25.

Neuer **Emailherd,** Gar. für Brennen u. Backen, bill. zu verkauf.: Hardtstraße 28, Hof, 2—6 Uhr.

Rastatter Herd

sehr gut erhalten, zu verkaufen: **Knielingen,** Eisenbahnstraße 35.

Wegen Wegz. z. verkf. 4flamm. Gasherd m. Backofen (Firma Gelsenkirch.) Küchentisch, Kästchen 2c. Kaiserstr. 191, 2. Stock.

Guterh. **Peddigrohrkinderwagen,** rote Seidenbluse, schw. Velourhut preisw. zu verkauf. Akademiestraße 69, III.

Gestickte Tanzkleid preiswert zu verkaufen. Näher. im Tagblattbüro.

Ein **Clownanzug,** große Figur, zu verkaufen bei **Emil Homberle, Hagsfeld,** Blankenlocherstr. 19.

Rehpinscherle

männlich, ½ jährig, zu verk. Marienstr. 103, III.

Ein schönes, zur Zucht geeignetes **Mutterschwein** 5 Monate alt, ferner 10 junge **Landhühner,** Mai-brut 1921, zu verkaufen. Anzusehen bei **W. Süpfle,** b. Staatsbahnhof **Forchheim** bei Karlsruhe.

Kaufgesuche

Hauskauf

in guter Lage bei hoher Anzahlung. Verkäufer kann wohnen bleiben. Gefl. Angeb. u. Nr. 8851 ins Tagblattbüro erbet.

Geschäftshaus

mit Laden od. Werkstätte in guter Geschäftslage bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 8861 ins Tagblattbüro erbeten.

Wer verkauft

sein **Objekt,** gleich welcher Art und Größe. **Raschen und guten Verkauf** erzielt die alteingef. Immobilienfirma

Georg Karl,

München, Karlsp. 24. Meine fortlaufend **höchsten Erfolge** beweisen meine Leistungsfähigkeit. In den letzten 3 **Jahren** wurden fast 500 **Verkäufe** durch meine Vermittlung abgeschlossen. Besichtigung u. Rückpr. **kostenfrei.** da nächste Woche mein Vertreter in dortiger Gegend sich befindet. Nachricht **sofort** erbeten.

Gebr. Möbel aller Art

eing. **Matratzen,** Federnbetten, auch ältere, reparaturbedürft., kauft zu hohem Preis Karabanoff, Zähringerstraße 50. Telephon 2051.

Zu kaufen gesucht:

Büfett, Herren- oder Damenschreibtisch, gute Betten, Flurgarderobe, Liegestuhl, Kl.- der- oder Spiegelschrank Kommode Diwan, Kinderbett. Angebote unter Nr. 8849 ins Tagblattbüro erbet.

Kinderbett,

Vertiko, Diwan zu kauf. gesucht. Angebote unter Nr. 8834 ins Tagblattb.

Kinderklapp- u. Liegewagen, sowie ein **Herrenrad** zu kaufen ges. Angebote unt. Nr. 8850 ins Tagblattbüro erbet.

Gänselebern

kauft zu höchsten Preisen

W. Kaier,

Rüppurrerstraße 14.

Kupferner Badeofen

für Holz- u. Kohlenfeuerung **zu kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 8648 ins Tagblattbüro erbet.

Gift-Weizen

best. Mäuse-Vertilgungsmittel, in Packungen von 100 gr Mk. 3.50, 1 Kilo Mk. 22.— liefert

U. P. A. Friedr. Springer

Karlsruhe i. B., Markgrafenstraße 52

Telephon 3263.

Haus mit Laden

von ernsthaftem, reell. Käufer in Herren-, Wald-, Karl- oder Amalienstraße gesucht. Angebote bitte unter Nr. 8847 ins Tagblattbüro.

Auf Anruf komme sofort

Kaufe gebr. Kleider, Wäsche, Stiefel, gebr. Möbel **Zähringerstr. 50. Tel. 2051.** Karabanoff

Nur 1 Tag in Karlsruhe!

Verkaufen Sie Ihre alten, auch zerbrochenen

Zahngebisse.

Zahle für jeden verwendb. Zahn bis M. 20.— für ganze Gebisse je nach Ausf. bis M. 350.— Ankauf nur **Freitag, den 13. Jan. 1922, von 10—6 Uhr in Karlsruhe im Hotel Germania, Karl-Friedrichstr.** H. Gerber.

Gelderspamis für Jedermann

beim Reparieren von Schuhwaren aller Art unter Garantie für nur prima eichenloh gegerbtes Leder in jeder Stärke und Güte.

Herren-Sohlen und Fleck Mk. 60.—.
Damen-Sohlen und Fleck Mk. 48.—.
Kinder je nach Größe.
Prima Gummi-Sohlen und Fleck bei billigster Berechnung.

— **Beste Arbeit und rasche Bedienung.** —

Kriegsstraße 66. Ecke Kronenstraße, bei: **Josef Weckesser.**

Elektr. **Licht-Kraft-** „ **Schwachstrom-** „ **Anlagen** in sorgfältigster Ausführung **Elektro-Motoren** Beleuchtungskörper **A. Fütterer** Elektr.-Ges. m. b. H. Akademiestr. 23 Tel. 5631 Laden: Kaiserhalle 27

Todes-Anzeige.

Mein lieber Mann, unser über alles geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater

Josef Nickel

wurde heute nacht 10¼ Uhr von seinem schweren mit großer Geduld ertragenem Leiden durch einen sanften Tod erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Karlsruhe, 11. Januar 1922.

Trauerhaus: Leopoldstraße 19.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ½3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Ich danke allen, welche mir beim Hinscheiden meiner nun in Gott ruhenden, lieben Frau durch Trostesworte, Kranz- und Blumenspenden und Begleitung zur letzten Ruhe in so reichem Maße ihr aufrichtiges Mitgefühl erwiesen haben.

Namens der Hinterbliebenen:

Albert Liebhauser.

Danksagung.

Für die Beweise der Teilnahme am Sarge unseres geliebten Gatten und Vaters, den warmen Worten des Herrn Ministerialrates Dr. Barning, sowie des Herrn Intendanten Volkner sei herzlichst gedankt. Der Verehrung, Liebe und Treue, die in den Freundesworten Paul Müllers im Namen der Kollegen Ausdruck fand, dem wundervoll tröstlichen Gesang Max Büttners, dem weihevollen Gruß des Chors und Orchesters, den lieben Worten der Vertreter des übrigen Personals, dem ehrenvollen Nachruf der Karlsruher Presse, den Vertretern der „Schlaraffia" von Karlsruhe, Baden-Baden und Pforzheim, den teilnehmenden Worten des Herrn Stadtpfarrer Rohde, allen lieben Freunden hier und auswärts dankt herzlichst

Antonie Giesen und Kinder.

Karlsruhe, den 11. Januar 1922

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Süddeutsche Ministerkonferenz in München.

t. **München**, 11. Jan. Bei ihrer Ankunft in München wurden die Staatspräsidenten Dr. Hieber und Dr. Hummel von dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf von Lerchenfeld und dem württembergischen Gesandten in München Moser am Bahnhof empfangen. Zwischen dem Staatspräsidenten von Württemberg und Baden hat bereits heute vormittag eine längere Beratung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf von Lerchenfeld stattgefunden; auch wurde eine Besichtigung des deutschen Museums vorgenommen. Mittags 1 Uhr vereinten sich die Gäste mit den Münchener Herren in der württembergischen Gesandtschaft bei einem Frühstück. Nachmittags 5 Uhr fand beim Ministerpräsidenten Teestunde statt. Abends 8 Uhr wohnen die Gäste in Begleitung des Ministerpräsidenten Graf von Lerchenfeld und anderer hervorragender Persönlichkeiten der Vorstellung im Residenztheater bei. Für die späteren Abendstunden ist eine gesellige Zusammenkunft im Hofbrauhaus vorgesehen. Auch für morgen sind mehrere Besichtigungen in Aussicht genommen. Zum Abschluß und Höhepunkt der Veranstaltungen wird morgen abend ein Empfang beim Ministerpräsidenten stattfinden.

*

Die „Bayerische Staatszeitung" sagt: Zwar ist ein politischer Zweck mit dem Besuch nicht verbunden, doch wird sich die Gelegenheit ergeben, über manche gemeinwirtschaftliche Frage einen Gedankenaustausch zu pflegen.

Badische Politik

Fehrenbach.

Der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach feierte, wie wir schon kurz berichteten, gestern seinen 70. Geburtstag. Die Sympathien, die Fehrenbach in Baden und im Reich, in allen Kreisen ohne Unterschied der Partei genießt, kamen in zahlreichen Glückwünschen zum Ausdruck. Reichspräsident Ebert sandte ein Telegramm, in dem er die Verdienste hervorhebt, die Fehrenbach als Parlamentarier, als Präsident des Reichstags und der Nationalversammlung und zuletzt als Reichskanzler in besonders schwierigen Zeiten dem deutschen Volk geleistet hat.

Das Badische Finanzgericht.

Für das in Baden zu bildende Finanzgericht hat der Landtag 40 ehrenamtliche Mitglieder und neun Arbeitermitglieder zu wählen. Der Landtag wird diese Wahl in einer seiner ersten Sitzungen in der vierten Januarwoche vornehmen. Wie verlautet, will der Vertrauensmännerausschuß am 23. Januar zur Verständigung über die Art der Wahl und über die zu wählenden Personen zusammentreten. Die 40 vom Landtag aus eigener Zuständigkeit zu wählenden Mitglieder sollen im Verhältnis der jeder Fraktion oder Gruppe zukommenden Mandate verteilt und die Wahl im Plenum durch Zuruf vorgenommen werden. Für die Wahl der neun Mitglieder für die Bezirksarbeiterräte werden die Fraktionen mit den Arbeiterberufsvertretungen ins Benehmen treten. Der Reichsminister der Finanzen hat dem Verband Südwestdeutscher Industrieller auf eine Anfrage mitgeteilt, daß das Finanzgericht beim Landesfinanzamt Karlsruhe voraussichtlich am 1. April 1922 in Tätigkeit treten wird.

Die Jungbauernbewegung.

t. **Freiburg**, 11. Jan. Wir erhalten folgende Mitteilung zur Veröffentlichung: Der Ende Dezember 1921 neugegründete „Landesverband der Jungbauernschaft Badens" ist vor einigen Tagen nun auch mit einem eigenen Organ an die Oeffentlichkeit getreten. Das Organ trägt den Namen „Vereinsblatt der Jungbauernschaft Badens". Das Titelbild zeigt einen Jungbauern, der, ohne die Verbindung mit der Scholle und dem Bauernstand zu verlieren, sich der Ausbildung seiner Selbst widmet.

Lohnbewegung in der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

t. **Furtwangen**, 10. Jan. Ueber die Lohnbewegung in der Uhrenindustrie wird berichtet, daß die Arbeiterschaft in den Uhrenindustrieorten des Schwarzwalds die Kündigung eingereicht hat. Die Kündigungsfrist beläuft sich auf acht Tage, nach deren Ablauf der Streik beginnen wird, wenn es inzwischen nicht noch zu einer Verständigung kommt. Bei der Gesamtabstimmung über die Einreichung der Kündigungsfrist sprachen sich durchschnittlich 95 bis 98 Prozent der Arbeiterschaft für die Kündigung aus. Die Gesamtlage ist somit als sehr ernst zu betrachten.

Aus Baden

Der Badische Eisenbahnrat zur Fahrpreiserhöhung und zum Expreßguttarif.

Der Badische Eisenbahnrat befaßte sich in seiner vor wenigen Tagen abgehaltenen 73. Sitzung ausschließlich mit Tariffragen. Zu der ab 1. Februar beabsichtigten Erhöhung des Personenfahrpreises wurde angeregt, anstelle der Rohzuschläge eine organische Durchbildung des Tarifs treten zu lassen, um die entstehenden Härten und Ungleichheiten zu beseitigen.

Hinsichtlich des Gepäcktarifs sprach sich der Eisenbahnrat mit überwiegender Mehrheit für die Beibehaltung des Zonentarifs mit einem gegenüber dem jetzigen Tarif um 50 v. H. erhöhten Einheitssatz von 3,6 Pfg. für 10 Kilogramm und einen Kilometer aus, berechnet nach der mittleren Entfernung der einzelnen Entfernungszonen.

Zu der eingetretenen starken Erhöhung des Expreßguttarifs wurde auch von dem Eisenbahnrat auf die erhebliche Bedeutung des Expreßgutverkehrs in Süddeutschland hingewiesen und hervorgehoben, daß die Erhöhung in diesem Maße und die beabsichtigte weitere Erhöhung einer Erdrosselung des Expreßgutverkehrs gleichkomme und die badische Wirtschaft außerordentlich schädige. Der Eisenbahnrat faßte hierzu einstimmig eine Entschließung, in der zum Ausdruck kommt, daß die Expreßgutgebühren im badischen Gebiet nicht mehr erhöht werden dürfen, als die Gebühren für Fracht- und Eilgut. Das Mindestgewicht ist für die Gebührenberechnung auf 5 Kilometer herabzusetzen. — Hinsichtlich der Gütertarife trat der Eisenbahnrat dem Antrag bei, den kürzlich die Handelskammern im Verein mit Vertretern des Handwerks, des Gewerbes, der Arbeiterschaft usw. beschlossen hatte, wonach für Wasserumschlagssätze Ausgleichstarife zu schaffen sind.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch Anträge wegen Detarifierung von Düngemitteln gestellt, deren Prüfung von der Eisenbahngeneraldirektion zugesagt wurde.

Apotheker-Praktikant und -Assistent.

Von den Standesvertretungen der Apotheker wurde seit langem der Wunsch ausgesprochen, es möchten die Benennungen „Lehrling" und „Gehilfe" durch zeitgemäßere Bezeichnungen ersetzt werden. Diesem Wunsche Rechnung tragend, hat der Reichsminister des Innern nach Anhörung der Landesregierungen beim Reichsrat die Einführung der Bezeichnungen „Praktikant" und „Assistent" in die Prüfungsordnung für Apotheker beantragt. Der Reichsrat hat beschlossen, sich mit einer entsprechenden Aenderung der Prüfungsordnung vom 18. Mai 1904 einverstanden zu erklären.

Umsatzsteuer und Milchablieferung.

In Erzeugerkreisen ist verschiedentlich die Ansicht verbreitet, daß für den Liter Milch 25 Pfg. Steuer gezahlt werden müsse. Diese Annahme ist nicht richtig und es ist auch nicht richtig, wenn sich ein Landwirt durch ein müßiges Gerede zur Einschränkung oder gar zur Einstellung der Milchablieferung verleiten läßt, besonders angesichts der weiterhin herrschenden Milchnot in den Städten. Die bei Milchumsätzen allein unmittelbar in Frage kommende Umsatzsteuer wird von den gesamten Einnahmen beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse erhoben. Sie umfaßt aber auch die Verwendung der Erzeugnisse im eigenen Haushalt, den sogenannten Eigenverbrauch. Es ist hiernach unerheblich, ob ein Landwirt die Milch abliefert, sonst verkauft, oder selbst verbraucht. Immer muß er Umsatzsteuer bezahlen. Selbst die zur Fütterung verwendete Milch wird wieder in den Einnahmen aus dem Verkauf der mit Milch gemästeten Tiere von der Umsatzsteuer erfaßt; dies ist auch im Eigenverbrauch der Fall, wenn der Landwirt das mit Milch gefütterte Tier selbst schlachtet, um das Fleisch im eigenen Haushalt zu verwenden. Kein Landwirt kann Umsatzsteuer sparen, wenn er Milch, die er sonst abzuliefern pflegt, in der Hauswirtschaft oder zu Fütterungszwecken verwendet.

*

t. **Ettlingen**, 11. Jan. Heute vormittag um 9 Uhr ist das neben der Station Marxzell im Albtal gelegene Sägewerk und Zimmergeschäft Schneider abgebrannt. Der Schaden an Maschinen und Holz dürfte etwa 1 Mill. Mark betragen.

ll. **Pforzheim**, 11. Jan. In einer Bürgerausschußsitzung teilte Oberbürgermeister Gündert mit, die Einreihung Pforzheims in die Ortsklasse A bedeute für 1920 eine nachträgliche Aufwendung von 910 000 ℳ, für die keine Mittel zur Verfügung ständen, während die Aufwendungen für 1921 mit 1 608 000 ℳ im Vorschlage für 1921 noch berücksichtigt seien. Die Rückwirkung auf 1. April 1920 könne man nicht als gerechtfertigt anerkennen; jedenfalls seien derartige Rückwirkungen geeignet, auch das allergeordnetste städtische Finanzwesen über den Haufen zu werfen. Obschon die Zahl der städtischen Beamten in den beiden letzten Jahren um 194 vermindert wurden, sei sie noch um 115 größer als am 1. August 1914. Angesichts der veränderten Verhältnisse sei diese Zunahme als recht gering zu bezeichnen. An der Hauptaussprache über den Voranschlag beteiligten sich Redner aller Parteien. Nachdem ein Teil der Einzelhaushaltspläne genehmigt worden war, wurde die Sitzung nach fünfstündiger Dauer abgebrochen.

t. **Hockenheim** bei Schwetzingen, 11. Jan. Bei den städtischen Holzversteigerungen wurden für je zwei Ster Scheitholz durchschnittlich 600 Mk. und für Prügelholz durchschnittlich 400 Mk. geboten.

t. **Mannheim**, 11. Jan. Große Teppichdiebstähle wurden in den letzten Tagen hier ausgeführt. Aus einer Wohnung wurden vier Perserteppiche im Wert von über 100 000 Mark und aus einer Villa wurden fünf Perserteppiche im Wert von etwa 57 000 Mark entwendet.

t. **Mannheim**, 11. Jan. Eine neue zweite Fernsprechleitung Mannheim—Duisburg ist in Betrieb genommen worden. In den nächsten Monaten wird je eine Fernsprechverbindung zwischen Mannheim und Essen und Mannheim und Crefeld fertiggestellt werden.

t. **Heidelberg**, 11. Jan. Die Schneeschmelze hat den Neckar in einen breiten reißenden Strom verwandelt.

t. **Neckargemünd**, 11. Jan. Noch unbekannte Diebe drangen in die augenblicklich unbewohnte Villa des Fabrikdirektors Jahr ein und stahlen Wäsche, Kleidungsstücke usw. im Gesamtwert von über 50 000 Mark. Bevor sie abzogen, veranstalteten sie ein Gelage, zu dem sie Sekt und Weine aus dem Keller holten.

t. **Eberbach**, 11. Jan. Der Deutsch-Amerikaner Bergdoll, der, wie noch erinnerlich, im vergangenen Jahr in Eberbach von einm amerikanischen Detektiv und deutschen Häschern zum Zweck der Entführung überfallen worden war, hatte Klage auf Freigabe seines Vermögens in Höhe von 700 000 Dollar angestrengt. Nach einer Washingtoner Meldung ist diese Klage abgewiesen worden. Das Vermögen Bergdolls wurde mit Beschlag belegt, weil dieser sich während des Weltkriegs seiner Dienstpflicht entzogen habe.

t. **Mosbach**, 11. Jan. Der Konferenz- und Bezirksrabbiner Dr. Löwenstein, feiert am kommenden Sonntag sein 50jähriges Dienstjubiläum.

t. **Rastatt**, 11. Jan. In Haueneberstein hatte sich der 17jährige Sohn des Landwirts Ullerich durch die Hand geschossen und ist an den Folgen der Verletzung gestorben. — Beim Rodeln fuhr die Tochter des Zimmermeisters Hertweck an eine Mauer und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu.

t. **Offenburg**, 11. Jan. Die bei einer hiesigen Familie beschäftigte Dienstmagd Franziska Luck hat ihrer Dienstherrschaft eine Kassette mit 130 000 Mark Inhalt gestohlen. Bei dem Diebstahl half ein junger Mann, angeblich aus Karlsruhe. Die beiden sind flüchtig gegangen.

t. **Kehl**, 11. Jan. In den deutschen Bestimmungen über die Einreise in das unbesetzte deutsche Gebiet ist eine Aenderung eingetreten. Zu einer Reise von Frankreich oder den besetzten Brückenköpfen nach Bayern war bisher eine doppelte Einreiseerlaubnis notwendig und zwar eine solche vom Verkehrsamt Karlsruhe und eine weitere von dem zuständigen Fremdenamt in Bayern. Nun hat die bayerische Regierung die Bestimmung über die Einreiseerlaubnis nach Bayern für alle jene Elsaß-Lothringer, die durch den Vertrag von Versailles Franzosen geworden sind außer Kraft gesetzt. Für Kaufleute und Geschäftsreisende bedeutet dies eine merkliche Erleichterung. Es genügt künftig die gewöhnliche Einreiseerlaubnis; die persönliche Meldepflicht beim Fremdenamt bleibt indessen auch für die Elsaß-Lothringer bei der Ankunft in Bayern bestehen.

t. **Waldkirch**, 11. Jan. Durch Feuer ist der sogen. Wolfhof niedergebrannt. Fahrnisse und Vieh konnten gerettet werden. Der Brand soll durch Warmlaufen des Motors zur Dreschmaschine entstanden sein.

t. **Griesheim** bei Staufen, 11. Jan. Bei Ausschachtungsarbeiten zu einem Brunnen wurde der 70jährige Schmied Senn verschüttet. Die sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten haben zur Bergung des Verunglückten geführt.

t. **Bleichheim** bei Kenzingen, 11. Jan. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Ortsvorstand Philipp Vetter wiedergewählt.

t. **Konstanz**, 11. Jan. Der Durchführung des sog. „Hemdglonkerumzugs" durch die Schüler der hiesigen Lehranstalten am „Schmutzigen Donnerstag" steht nichts im Wege.

Aus dem Stadtkreise

Berufsjubiläum. Die Feier seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Eisenbahnhauptwerkstätte in Karlsruhe beging am gestrigen Mittwoch Eisenbahnamtmann Eduard Ostertag. 1886 in den Eisenbahndienst eingetreten wurde er 1897 der Hauptwerkstätte in Karlsruhe zugewiesen, bei der er dann 1910 Bürovorsteher, 1920 Betriebsinspektor und 1921 Eisenbahnamtmann wurde. Hervorragende Begabung, unermüdliche Tätigkeit und liebenswürdiges Wesen haben Herrn Ostertag nicht nur bei seiner eigenen Dienststelle zu großer Wertschätzung gebracht, sondern ihm auch allseitige Anerkennung in weiteren Kreisen der Eisenbahnverwaltung erworben. So wurde Herrn Ostertag auch die Leitung der Verwaltungsabteilung der Hauptwerkstätte übertragen, eine Aufgabe, die er zum Vorteil der Eisenbahnverwaltung und zum Wohle der Beamten- und Arbeiterschaft zu erfüllen versteht. Möge es ihm vergönnt sein, in dem ihm lieb gewordenen Berufe noch recht viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische sich zu betätigen.

Verkehrssperre. Die Annahme von Eil- und Frachtstückgut nach Kehl Uebergang Frankreich ist bis auf weiteres gesperrt.

Postanweisungen mit eingedrucktem Wertstempel werden nach einer Verfügung des Reichspostministeriums nicht mehr hergestellt. Die Reichsdruckerei hat keinen Vorrat an solchen Wertzeichen mehr. Die bei den Postanstalten noch lagernden Bestände sind aufzubrauchen, eventuell unter Nachkleben von Freimarken.

Kriegsschäden im Auslande. Die Zweigstelle Karlsruhe des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen schreibt uns: Die Entschädigungsordnung ist mit dem 1. 1. 22 für den Bereich der Gewaltschädengesetze in Kraft getreten. Für die Liquidationsschäden bleibt es einstweilen unverändert beim Vorentschädigungsverfahren. Zuständig sind in allen Fällen wie bisher für Anträge von Inlandsdeutschen wegen Auslandsschäden die Zweigstellen des Verbandes der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen E. V. Die Zweigstelle für den Bezirk Mittel- und Oberbaden befindet sich in Karlsruhe, Karlstr. 10 (Handelskammer). Die Ausschlußfrist für Anträge nach den Gewaltschädengesetzen ist vom 31. 12. 21 bis zum 30. 6. 22 verlängert worden. Für Liquidationsschäden läuft noch keine Frist. Der Entwurf eines Liquidationsschädengesetzes, das die Liquidationsrichtlinien vom 26. 5. 20 ersetzen soll, befindet sich in Vorbereitung. Es können daher, trotzdem das Reich bereits Gutschriften zum Tageskurse erhält, einstweilen Vorschüsse trotz aller Bemühungen der Interessenvertretungen noch immer nur zum Vorkriegswert und Vorkriegskurse gegeben werden. Eine eingehende Darstellung des ganzen Verfahrens und Erläuterung der Entschädigungsordnung nebst wichtigen Uebersichten (alphabetischem Verzeichnis der in Frage kommenden Stellen, Tabelle der sämtlichen Rechtsvorschriften dieses Gebiets usw.) enthält das Ende Dezember im Verlag von Hermann Sack, Berlin W 35, Potsdamerstraße 112 erschienene Werk: „Die Entschädigungsgesetze" (von Rechtsanwalt Weck). Band I. Verfahrensvorschriften und Uebersichten.

Eine praktische Schrift für den Kaufmann, den Kapitalbesitzer und Kapitalrentner ist die bei der Verlagsbuchhandlung H. A. Pierer-Altenburg S.-A. erschienene Schrift: Die stille Beteiligung an kaufmännischen Unternehmen, herausgegeben von Dr. jur. H. W. Zimmer. (ℳ 3.—.)

Ein Postkuriosum tritt im nächsten Monat in den Ländern mit 24-Stundenzählung auf. Der Poststempel in diesen Ländern wird nämlich im Februar an einem Tag und zwar am 22. sieben Zweier aufweisen. Einen solchen Stempel werden diejenigen Briefe oder Karten tragen, die am 22. Februar, abends gegen 10 Uhr auf der Post abgegeben werden. Der Poststempel wird dann folgende Zahlen aufweisen: 22. 2. 22. 22.

Diebstahl. In der Zeit von Anfang Dezember v. Js. bis 5. Januar wurde von einer elektrischen Leitung von der Appenmühlstraße bis zur Alb 1200 Meter Kupferdraht von 6 Millimeter Dicke im Werte von 20 000 ℳ von unbekanntem Täter entwendet.

Festgenommen wurden: ein Pianist, der vom Oberstaatsanwalt in Elberfeld wegen Sittlichkeitsverbrechens gesucht wurde, ein Arbeiter und ein Taglöhner wegen Landstreicherei, ein Eisendreher von hier, der vom Amtsgericht Mannheim wegen schweren Diebstahls verfolgt wird, sowie ein Taglöhner aus Daxlanden zur Strafersiehung.

Veranstaltungen.

Kunstverein. Auf die am 16. d. Mts. beginnende Ehrenausstellung des Professors Kallmorgen wird besonders hingewiesen.

Gastspiel von Rio und Fery Gebhardt in der Städt. Festhalle. Diese beiden Knaben deren Konzert im letzten Sommer als ein musikalisches Ereignis gewürdigt wurde, kommen nun am Sonntag, den 15. Januar wieder und geben mit dem Harmonie-Orchester ein großes Solistenkonzert in der Festhalle. Der 13jährige Meisterdirigent bringt mit dem Harmonie-Orchester die Ouverture zu Webers Oberon und den 4. Satz der C-Moll-Sinfonie von Beethoven und Ungarische Tänze von Brahms und am Klavier das C-Dur-Konzert von Beethoven zum Vortrag. Sein 10jähriger Bruder wird mit einigen Werken am Klavier erfreuen. Herr Fritz Hölzer, der bisherige Heldentenor an der Deutschen Oper zu Charlottenburg, wird Stücke aus Lohengrin, Meistersinger und Walküre mit Orchesterbegleitung singen.

Alpenverein — Skiklub Karlsruhe. Am Freitag, 13. Januar wird Herr Robert Steurer aus Rastatt im Saal III Schrempp über „Bilder aus der Welt des Islams" sprechen. Der Redner hat die in Frage kommenden Gebiete lange Jahre bereist und gilt als guter Kenner derselben. Er verfügt über eine große Anzahl recht guter Lichtbilder; seine Wüstenaufnahmen sind ganz hervorragend. Es dürfte somit den Besuchern ein genußreicher Abend bevorstehen.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 9. Jan.: Otto Cassin von hier, Fabrikant hier, mit Martha Reiß von hier; Max Külsheimer von Stadt Kehl, Ing. in Töging, mit Maria Margstein von hier; Frdch. Huber von Hürrlingen, Polizeiwachtmstr. hier, mit Maria Göhring von Münsingen; Wilhelm Bauer von Bückeberg, Streifenmeister hier, mit Luise Viola von Gernsbach.

Geburten. 6. Jan: Edwin Paul Adolf, Vater Josef Brenzinger, Schmied; Emilie Berta, Vater Viktor Mayer, Kangl.-Geh. — 7. Jan.: Heinr. Th., Vater Gust. Stutz, Metzger; Walter Emil, Vater Emil Wanner, Kaufm. — 8. Jan.: Anneliese, Vater Wilh. Schaal, Schlosser; Gertrud Johanna, Vater Rob. Lehne, Former; Eva Else Erika, Vater Albrecht Wagner, Dipl.-Ing., Chemiker.

Todesfälle. 9. Jan.: Anton Eberle, Gasarb., Ehemann, alt 50 Jahre; Emilie Degenhardt, alt 40 Jahre, Ehefrau von Otto Degenhardt, städt. Arb.; Gustav Stock, Fab.-Arb., Ehemann, alt 70 Jahre; Klara Stadelbacher, alt 46 Jahre, Ehefrau von Franz Stadelbacher, Finanz-Oberinsp.; Wilhelm Kratzer, Schlosser, gesch. Ehemann, alt 52 Jahre; Leop. Schwaab, Kanzleirat a. D., Witwer, alt 80 Jahre. — 10. Jan.: Leodegar Götz, Tagl., Ehemann, alt 58 Jahre; Josef Braun, Fab.-Arb., Ehemann, alt 75 Jahre; Jakob Jäger, Tapeziermeister, Ehemann, alt 51 Jahre; Simon, alt 12 Jahre, Vater Moses Schuh, Kaufm.; Joseph Tritschler, Eisenbahn-Insp. a. D., Ehemann, alt 66 Jahre; Otto Mörch, Glasermeister, Ehemann, alt 73 Jahre. — 11. Jan.: Elsa Heidinger, alt 33 Jahre, Ehefrau von Wilhelm Heidinger, Schlosser.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 12. Januar. 11 Uhr: Otto Mörsch, Glasermeister, Marienstr. 37, Feuerbestattung. — ½12 Uhr: Leopold Schwaab, Kanzleirat a. D., Kriegstr. 208, Feuerbestattung. — 1 Uhr: Franz Tritschler, Eisenbahn-Insp., Kriegstr. 250. — ½2 Uhr: Emilie Stadelbacher, Finanzoberinsp.-Ehefrau, Hübschstr. 27. — ½2 Uhr: Emilie Degenhardt, Stadtarbeiters-Ehefrau, Gerwigstr. 43, Feuerbestattung. — 2 Uhr: Marie Gaßmann, Werkmeisters-Ehefrau, Lessingstr. 30. — ¾3 Uhr: Leodegar Götz, Taglöhner, Schwanenstr. 7. — 3 Uhr: Jakob Jäger, Tapeziermeister, Kronenstr. 58. — ¼4 Uhr: Josef Braun, Fabrikarbeiter, Augartenstr. 97. — ¼4 Uhr: Gustav Stock, Fabrikarbeiter, Nuitsstr. 1a, in Mühlburg beerdigt. — 4 Uhr: Angelo Tilgner, landwirtsch. Praktikant von Augustenberg bei Durlach, Feuerbestattung.

Sport-Spiel

Sammeln.

Notgeld der Stadt Neuruppin. Die Stadt Neuruppin gibt drei Serien (zwölf Scheine) Notgeld in Scheinen zu je 3 mal 50 Pfg. und 1 mal 25 Pfg. heraus. (Mk. 7.—). Die sehr beachtliche künstlerische Ausführung findet großen Anklang. Die Scheine stellen eine wertvolle Bereicherung jeder Notgeldsammlung dar, und sie werden daher sehr begehrt. Den Alleinvertrieb der Scheine hat die Stadtsparkasse Neuruppin übernommen.

Literatur.

Der deutsche Jägerkalender für 1922, zusammengestellt von der Schriftleitung des „Deutschen Jägers", Verlag F. C. Mayer, G. m. b. H., München. Der reiche Inhalt der Neuausgabe stempelt ihn zu einem wertvollen, unentbehrlichen Handbuch für den praktischen, weidgerechten Jäger. Eingeleitet durch einige flotte Weidsprüche, ein Kalendarium mit Sonnen- und Mondzeiten, dem Arthur Schubarts Verse zu besonderer Zierde gereichen, bietet er dem Jäger zweckmäßig entworfene Abschlußlisten für die einzelnen Monate, Tabellen der erhaltenen und ausgegebenen Jagdeinladungen, verschiedene Formulare der Treibjagdeinladungen, Einnahmen und Ausgaben im Jagdbetrieb und für Wildschadenschätzung. Eine Reihe von Aufsätze aus den Federn gewiegter Jagdschriftsteller und Sachverständiger, ist dem Jäger willkommen.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, den 12. Januar 1922.

Landestheater. „Rose Bernd". 7 Uhr.
Künstlerhaus. Robert Kothe. 8 Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Rotes Haus. Kleinkunstbühne. Willy Eber.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.
Zionistische Ortsgruppe. Versammlung, Herrenstraße 11. 8 Uhr.
Schwarzwaldverein. Lichtbildervortrag. Chemiesaal T. H. 8 Uhr.
Mieter- und Untermieterverein. Mieter-Versammlung, Saalbau, Gottesauerstraße. 8 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe**, 11. Jan. In der Vormittagssitzung des Schwurgerichts kam als dritter Fall die Anklage wegen

Brandstiftung und erschwerten Diebstahls

gegen den Händler Thomaschewsky und den Fuhrmann Friedrich Treutle, beide aus Karlsruhe zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Traumann. Als Vertreter der Anklage fungierte Staatsanwalt Dr. Rönnberg. Geladen waren drei Zeugen.

Aus der Vernehmung der Angeklagten, die im wesentlichen dieselben Angaben machten, ist folgendes zu entnehmen: Der 20jährige Thomaschewsky war in verschiedenen Stellungen als Kutscher tätig gewesen, 1918 trat er in das Geschäft seines Vaters, der Obsthändler ist, ein. Der Angeklagte ist zweimal bestraft und zwar mit 8 Monaten Gefängnis, weil er im Mai v. J. einen Kassenschrank erbrochen und 1398 Mk. entwendet hatte und wegen eines Zuckerdiebstahls mit 7 Monaten Gefängnis. — Der 24jährige Angeklagte Treutle ist gelernter Friseur und war auch als Kutscher tätig, bis er im Herbst 1920 erwerbslos wurde. Auch er ist wegen eines Büchsenmilchdiebstahls mit einem Monat Gefängnis und wegen des gemeinschaftlich mit Thomaschewsky ausgeführten Zuckerdiebstahls mit 5 Monaten Gefängnis vorbestraft.

Beide Angeklagte gaben an, daß sie zu jener Zeit in verschiedenen Lokalen Schulden gehabt haben und sich nun durch einen Diebstahl Geld zu verschaffen suchten. Am 15. Januar 1921 drangen beide abends zwischen 10 und 11 Uhr in der Kriegstraße in Karlsruhe von den Bahngleisen aus in das Bahnpostgebäude und gelangten in das Büro des städtischen Nahrungsmittelamtes, dessen Tür sie mit einem Nachschlüssel öffneten. Bei zwei weiteren Türen, die sich nicht öffnen ließen, schnitten sie die Türfüllungen heraus und begaben sich in die Lagerräume des Nahrungsmittelamtes. Von den dort aufbewahrten Kisten Büchsenmilch, die von der Quäkerspeisung herrührten, transportierte jeder der beiden Angeklagten eine Kiste durch den Vorraum in das Büro zurück. In der Nähe der zerstörten Tür bemerkte T. unter einem Schaft einen Korb mit Papier, Säcken usw. Hierbei will er auf den Gedanken gekommen sein, dies anzuzünden, um die Spuren der Tat zu verwischen. Gleichzeitig spritzte er mit einem Feuerlöschapparat die Wände, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der Angeklagte Treutle will beim Anzünden des Feuers nicht mitgewirkt haben. Die Büchsenmilch verkauften die Angeklagten in der Stadt für 200 bis 300 Mk., während der Wert sich auf 672 Mk. beläuft. Der Brandschaden wurde auf 6900 Mark geschätzt.

Der einzige zur Vernehmung gelangte Zeuge, ein Kriminalwachtmeister, berichtete über seine Beobachtungen an der Brandstelle beim Eintreffen der Feuerwehr. Die ausgebrochenen Türfüllungen und der im Schloß befindliche Nachschlüssel habe sofort auf einen Einbruchdiebstahl schließen lassen. Damit war die Beweisaufnahme beendet.

Staatsanwalt Dr. Rönnberg begründete die Anklage des gemeinsam ausgeführten schweren Diebstahls und befürwortete die Zubilligung mildernder Umstände wegen des jugendlichen Alters beider Angeklagter. Auch bei der Brandstiftung liege seitens des Angeklagten Treutle Mittäterschaft vor, denn infolge seines größeren Alters hätte er Thomaschewsky davon abhalten sollen. Straferschwerend falle auch die Gemeinheit ins Gewicht, die darin zu erblicken sei, die Vorräte der Quäkerspeisung wegzunehmen. — Der Verteidiger des Angeklagten Thomaschewsky Rechtsanwalt Geier trat für Annahme einer einheitlichen Tat des schweren Diebstahls und Brandstiftung ein. Für den Angeklagten Treutle plaidierte Rechtsanwalt Steinel auf Freisprechung von der Brandstiftung.

Die Geschworenen hielten beide Angeklagte des schweren Diebstahls und Thomaschewsky der Brandstiftung schuldig. Die mildernden Umstände wurden in allen Fällen bejaht. Der Gerichtshof sprach entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts gegen Thomaschewsky wegen schweren Diebstahls und Brandstiftung eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr abzüglich 11 Wochen Untersuchungshaft und gegen Treutle eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten aus, wovon 8 Wochen durch Untersuchungshaft verbüßt gelten. Der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wurde zurückgewiesen.

*

In der Nachmittagssitzung, die unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Traumann um 3 Uhr begann, stand die 46 Jahre alte Ehefrau Wilhelmine Schönthaler geb. Emmendörfer aus Beutelsbach wegen

Lohnabtreibung

vor den Geschworenen. Vertreter der Staatsanwaltschaft war Staatsanwalt Dr. Deittigsmann; verteidigt wurde die Angeklagte von Rechtsanwalt Schnurmann-Pforzheim. Geladen waren 5 Zeugen und als Sachverständiger Medizinalrat Dr. Maier-Pforzheim. Die Angeklagte wird beschuldigt, daß sie im August 1921 in Pforzheim für eine Frau die Mittel zur Abtreibung beschafft, sie angewendet und dafür eine Belohnung angenommen habe. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

In der Verhandlung wurden sämtliche 5 Zeugen und der Sachverständige vernommen. Die Geschworenen bejahten die Fragen auf Abtreibung und mildernde Umstände, während die Frage auf Annahme eines Entgeltes verneint wurde. Das Gericht verurteilte die Schönthaler wegen Vergehens im Sinne des § 218 R.St.G.B. zu 1 Jahr Gefängnis, wovon 3 Monate durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Die „Schönheitstänzerin" vor Gericht.

Hg. **Berlin**, 11. Jan. Der Prozeß gegen das Ballett der bekannten „Schönheitstänzerin" Celly de Rheydt begann heute vor der achten Strafkammer des Landgerichts 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jeeg. Die Anklage lautet auf Erregung öffentlichen Aergernisses, Verbreitung unzüchtiger Abbildungen usw. und richtet sich gegen die Tänzerin Frau Cäcilie Seweloh genannt Celly de Rheydt, ihren Gatten, den Oberleutnant a. D. Alfred Seweloh, die Mitglieder des Balletts (mehrere 14—17jährige Tänzerinnen), ferner gegen den Kabarettdirektor, die Photographen, Weinhändler und Geschäftsleute, die in irgend einer Weise an der Vorführung des Balletts beteiligt waren. Den Angeklagten stehen eine ganze Anzahl Verteidiger zur Seite, als Sachverständige sind u. a. Gustav Rickelt, Hans von Putlitz, Professor Zickendraht, Max von Schillings geladen. Der Sitzungssaal des Gerichtes bietet ein ungewöhnliches Bild. Es ist ein Filmvorführungsapparat und eine Projektionsleinwand angebracht, da auch mehrere als unzüchtig bezeichnete Filme, die Tänze des Balletts darstellend, dem Gericht vorgeführt werden sollen. Ferner beschließt der Gerichtshof, am Donnerstag einer geschlossenen Privatvorstellung des Celly de Rheydt-Balletts, um sich ein Urteil über die vorgeführten Tänze zu bilden (!). Nach einer kurzen Vernehmung der Angeklagten zur Person und zur Sache sollen die Filme in dem verdunkelten Saal vorgeführt werden. Das Gericht beschließt, die Oeffentlichkeit auszuschließen, jedoch die Presse, die Zeugen und die Sachverständigen der Vorführung beiwohnen zu lassen.

Während der Vorführung erhebt Verteidiger R.-A. Grünspach Einspruch, indem er darauf hinweist, daß die Filmvorführungen sonst stets mit Musikbegleitung erfolgen. Namentlich bei Tanzvorführungen sei die Musik unerläßlich. Nicht nur das Auge müsse beschäftigt werden, sondern auch die Phantasie spiele eine große Rolle. Das künstlerische Bild sei ein ganz anderes, wenn die Tänze mit der dazu geeigneten Musik vorgeführt werden und es sei zu befürchten, daß sich bei den Richtern ein falscher Eindruck festsetze. Das Gericht beschließt aber, die Vorführung fortzusetzen, jedoch im Anschluß an die Ballettvorführung am Donnerstag die Filme nochmals mit Begleitmusik vorführen zu lassen.

Nach Beendigung der Vorführung geht das Gericht auf die Vorgänge bei der Filmaufnahme ein.

Die Verhandlung wird am Donnerstag mit der Vorführung des Balletts im Neuen Theater am Zoo fortgesetzt.

Amtliche Nachrichten

Ernennungen, Versetzungen usw.

Kath. Kultus.

Der auf die Pfarrei Eschbach, Dekanats Neuenburg, ernannte Pfarrer Jakob Ibald, bisher Pfarrer in Steinach, der auf die Pfarrei Gremmelsbach, Dekanats Triberg, ernannte Pfarrer Josef Treier, bisher Pfarrer in Hüngheim, der auf die Pfarrei Sandhausen, Dekanats Heidelberg, ernannte Pfarrer Jakob Simon, bisher Pfarrverweser daselbst, und der auf die Pfarrei Winzenhofen, Dekanats Krautheim, präsentierte Pfarrer Bernhard Bohnert, seither Pfarrverweser daselbst, wurden kirchlich eingesetzt.

Evang. Kirchenregierung.

Ernannt:

Finanzrat Adolf Abel, Vorstand der Evang. Pflege Schönau in Heidelberg, zum Oberfinanzrat, Finanzinspektor Hugo Mack bei der Evang. Stiftsschaffnei Mosbach, zum Revisionsoberinspektor beim Evang. Oberkirchenrat.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Die letzten amtlichen Devisenkurse.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 11. Januar (abends).

Belgien	**1400**	**Schweiz**	**3425**
Paris	**1457½**	**London**	**747**
Neuyork	**177**	**Italien**	**755**
Holland	**6500**		

Tendenz: unentschieden.

Börse - Handel Industrie - Gewerbe.

Börsen.

Die Stuttgarter Lederbörse am 10. Januar war sehr gut besucht. Infolge der erheblichen Preissteigerungen auf den neuesten Auktionen trat eine starke Belebung des Geschäfts ein; es ist deshalb mit einer Steigerung der Lederpreise zu rechnen.

Die Stuttgarter Holzbörse zeigte eine starke Nachfrage nach Brennholz und Schnittware. Die Börse wird künftig alle 14 Tage abgehalten. Der nächste Börsentag findet am 23. Januar statt.

Banken.

Oberrheinische Treuhand A.-G. Konstanz. Eine a. o. Generalversammlung beschloß, das Grundkapital der Gesellschaft auf 1 Mill. Mark zu erhöhen und den Hauptsitz der Gesellschaft nach Pforzheim zu verlegen. Konstanz wird Zweigniederlassung; eine weitere Filiale wird in Karlsruhe errichtet. Die Kapitalserhöhung ist bereits durchgeführt.

Gründung der Hansabank Schwetzingen. Am Dienstag abend wurde in Schwetzingen eine Niederlassung der Hansabank e. G. m. b. H., Mannheim, gegründet.

Industrien.

Die Rheinische Elektrizitäts A.-G. Mannheim veröffentlicht eben ihren Geschäftsbericht, in dem ausgeführt wird, daß alle Unternehmungen der Gesellschaft, vor allem die Bau- und Installationsabteilungen, befriedigend gearbeitet haben. Die größeren Unternehmungen der Gesellschaft sind das Elektrizitätswerk Rheinhessen, Worms, die Pfalzwerke Ludwigshafen, das Ueberlandwerk Jagdstkreis Ellwangen, das Elektrizitätswerk Rauschermühle in Plaidt (Rheinland) und die Oberstein Idarer Elektrizitäts A.-G. Auch die anderen Unternehmungen, denen die Rheinische Elektrizitäts A.-G. nahesteht, haben befriedigende Ergebnisse zu verzeichnen. An dem Elektrizitätswerk Lahr hat sich die Gesellschaft durch Einbringung ihres Werkes Seelbach und der Stromverteilungsanlagen im südlichsten Teil des Ueberlandgebiets Achern beteiligt. Der Gewinn aus dem Geschäftsjahr 1920/21 beträgt 4,3 Mill. gegen 1,8 Mill. im Vorjahr. Zur Verteilung kommen 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und 15 Prozent auf die Stammaktien.

Hohenzollernsche Schuh-Industrie A.-G. Nach dem Geschäftsbericht der Hohenzollernschen Schuhindustrie A.-G. vorm. E. Schiele in Stetten bei Hechingen erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von rund 1,3 Mill. Mark. Zur Verteilung soll eine Dividende von 6 Proz. an die Vorzugs- und von 14 Proz. an die Stammaktien kommen.

Märkte.

Vom Mannheimer Chemikalienmarkte. Obwohl die ausländischen Zahlungsmittel heute vormittag eine festere Tendenz aufwiesen so blieb die Haltung am Chemikalienmarkte doch weiter ruhig. Das Angebot ist weiterhin etwas reichlicher, während die Käufer sich weiterer Vorsicht im Einkauf befleißigen. Die Preise sind im allgemeinen weder nach oben noch nach unten merklich verändert. Man verlangte für Alaunkristallmehl, Kali fein, erstklassiges Fabrikat, in Jutesäcke von 100 kg, B/N. 550 M. Desgl. grob krist. 540 M., Ameisensäure, techn. rein, 85 Proz. Neugewicht, exkl. Verpackung 1900 M., Brockenschwefel, brutto für netto, inkl. Sackpackung 800 M., Chlorkalcium, 70/75 Prozent in Trommeln von ca. 300 kg B/N., inklusive Verpackung 350 Mark, Chlorkalium 51/52 Proz., brutto für netto, inkl. Sackpackung 150 M., Kupfervitriol, 98/99 Proz. ,große Kristalle, handelsübliche Ware, inkl. Faßpackung 1950 M., Kalisalpeter, pulv. dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Verpackung 1350 M., Natronsalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Verpackung 1225 M., Paraffin, weiß, in Tafeln, brutto für netto, inkl. Sackpackung 50/52 Gr. C. 2225, desgl. 52/54 Gr. C. 2375 M., Terpentinöl, franz. Neugewicht, Original-Tara in Leiheisenfässer 5700 M., Terpentinöl-Ersatz, Neugewicht, Orig.-Tara, exkl. Leiheisenfaß 1500 M., alles per 100 kg, ab hiesigem Lager. Quecksilber, handelsübliche Ware, in Flaschen von 34½ kg, netto, exkl. Leiheisenflasche, welch letztere mit 50 M. pro Stück berechnet werden, war zu 240 M. das Kilo offeriert. K.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 9. Januar. Es wurde bezahlt für 50 kg Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen haben (ungejocht) 1100—1150 M.; vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4—7 Jahren 1000—1050 M.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 850—950 M.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 650—750 M.

Bullen, vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes 900—1000 M.; vollfleischige jüngere 800—900 M.; mäßig genährte junge u. gut genährte ältere 650—750 M.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 1050—1125 M.; vollfleischige ausgemästete Kühe, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahre 900—950 M.; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 750—850 M.; mäßig genährte Kühe und Färsen 600—750 M.; gering genährte Kühe und Färsen 400—550 M.

Kälber, feinste Mastkälber 1300—1400 M.; mittlere Mast- und beste Saugkälber 1300—1350 M.; geringere Mast- u. gute Saugkälber 1250—1300 M.; geringere Saugkälber 1200—1250 M.

Schafe, Mastlämmer und jüngere Masthammel 650—700 M.; ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 600—650 M.; mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 550—600 M.; Mastlämmer 500—550 M.; geringere Lämmer und Schafe 450—500 M.

Schweine, Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 1700—1800 M.; vollfleischige von 120—150 kg Lebendgewicht 1700—1800 M.; vollfleischige von 100—120 kg Lebendgewicht 1600—1700 M.; vollfleischige von 80—100 kg Lebendgewicht 1575 bis 1675 M.; vollfleischige unter 80 kg Lebendgewicht 1300—1550 M.; Sauen 1200—1500 M.

Zufuhr 1069 Stück. Ochsen 177, Bullen 120, Kühe und Färsen 772, Kälber 368, Schafe 78, Schweine 804 Stück.

Tendenz: Marktverlauf mit Großvieh und Kälber lebhaft, rasch geräumt, Handel mit Schweinen ruhig, Ueberstand, Handel mit Schafen lebhaft, ausverkauft.

Der Brettener Schweinemarkt vom 9. Januar war befahren mit 12 Milchschweinen. Das Paar kostete 500—700 M. Der Handel war rege, die Preise sind anziehend. — Am Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 117 Stück Großvieh, 28 Kälber. Preis für Kühe 7000—14 000 M., Kälber 1200 bis 1600 M. Alles Vieh wurde verkauft. Am Pferdemarkt waren nur 9 Stück zugeführt.

Saaten und Ernten.

Tabakbau im Elsaß. Die Statistik über den Tabakbau im Elsaß hat ergeben, daß das Jahr 1920 ein ganz besonders reiches Tabakjahr darstellt, wenngleich nach der Einführung des staatlichen Tabakmonopols den zahlreichen Kleinpflanzern (weniger als drei Ar) das Weiterpflanzen von Tabak verboten wurde. Aus den Tabakmanufakturen in Elsaß und Lothringen hofft der franz. Staat im Jahre 1922 einen Jahresgewinn von 124 Millionen Franken zu erzielen.

Verschiedenes.

In das Handelsregister ist zur Firma Karlsruher Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik F. Wolff & Sohn, G. m. b. H., Karlsruhe eingetragen: Die Vertretungsbefugnis des stellvertretenden Geschäftsführers Julius Wolff ist infolge Ablebens erloschen. Dem Hauptkassier Albert Schwendemann, Karlsruhe ist Prokura in der Weise erteilt, daß er berechtigt ist, gemeinsam mit einem Geschäftsführer, stellvertretenden Geschäftsführer oder einem Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. — Ferner: Süddeutsche Vereinigung für Auslandlieferungen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe unter der Firma Süddeutsche Vereinigung für Auslandslieferungen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zweigniederlassung Karlsruhe.

Wertpapier- und Devisenmarkt.

Frankfurter Kursnotierungen:

	10. Jan.	11. Jan.
Badische Bank	492.—	492.—
Darmstädter Bank	275.—	280.—
Deutsche Bank	455.—	450.—
Diskonto Commandit	409.—	409.—
Dresdener Bank	355.—	320.—
Mitteld. Creditbank	300.—	300.—
Oesterr. Länderbank	172.—	190.—
Pfälzische Bank	70.—	66.—
Rheinische Creditbank	300.—	300.—
Südd. Diskonto-Ges.	360.—	374.—
Wiener Bankverein	78.—	75.—
Württbg. Notenbank	—.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	880.—	—.—
Gelsenkirchen	808.—	785.—
Harpener	1115.	1145.
Laurahütte	920.—	919.—
Aschaff. Zellstoff	874.—	849.75
Grün & Bilfinger	640.—	640.—
Zementw. Heidelberg	685.—	685.—
Bad. Anilin	565.—	570.—
Scheideanstalt	1365.	1370.
Höchster Farben	545.—	555.—
Chem. Fabr. Mannheim	795.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	485.—	485.—
Gebr. Junghans	599.—	580.—
Adler & Oppenheimer	1275.	1155.
B. Masch. Badenia	520.—	600.rat
Maschfabr. Durlach	751.—	780.—
Maschfabr. Gritzner	1000.	1010.
Haid & Neu	798.—	800.—
Maschfabr. Karlsruhe	822.—	848.—
Oberursel	629.—	635.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	670.—	699.—
Elsässer Baumwolle	—.—	801.—
Spinnerei Ettlingen	—.—	—.—
Uhrenfabr. Furtwang.	—.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	720.—	730.—
Zellstoff Waldhof	750.—	740.—
Zuckerfabr. Waghäusel	750.—	750.—
Zuckerfabr. Frankenth.	725.—	749.—
Benz Motoren	640.—	645.—
Mannh. Versich.-Ges.	—.—	—.—
Rütgers-Werke	—.—	812.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 11. Januar.

	10. Jan. Geld	10. Jan. Brief	11. Jan. Geld	11. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1386.10	1388.90	1398.60	1401.40
Holland	6393.60	6406.40	6483.50	6496.50
London	736.20	738.80	747.20	748.80
Paris	1443.50	1446.50	1458.50	1461.50
Schweiz	3361.60	3368.40	3421.50	3428.50
Spanien	2617.30	2622.70	2587.40	2592.60
Italien	744.20	746.80	759.20	760.80
Lissabon	—.—	—.—	—.—	—.—
Dänemark	3446.50	3453.50	3511.40	3518.60
Norwegen	2647.30	2652.70	2767.20	2772.80
Schweden	4295.70	4304.30	4420.50	4429.50
Helsingfors	—.—	—.—	—.—	—.—
Newyork	173.92½	174.32½	176.55	176.95
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch Oesterr.	5.61½	5.63½	6.36¹	6.38½
Budapest	27.59½	27.65½	27.72	27.78
Prag	287.20	287.80	283.20	233.80

w. Berlin, 11. Januar.

	10. Jan. Geld	10. Jan. Brief	11. Jan. Geld	11. Jan. Brief
Rotterd.-Amsterd	6468.50	6481.50	6493.50	6506.50
Brüssel	1388.60	1391.40	1398.60	1401.40
Christiania	2747.25	2752.75	2747.25	2752.75
Kopenhagen	3471.50	3478.50	3511.45	3518.55
Stockholm	4360.60	4369.40	4420.55	4429.45
Helsingfors	324.15	324.85	324.65	325.35
Italien	749.25	750.75	759.20	760.80
London	739.25	740.75	748.25	749.75
Newyork	175.07	175.43	176.67	176.93
Paris	1448.55	1451.45	1458.50	1461.50
Schweiz	3361.60	3368.40	3426.55	3433.45
Spanien	2587.40	2592.60	2637.35	2642.65
Wien (altes)	—.—	—.—	—.—	—.—
Deutsch-Oesterr.	6.08	6.12	6.18	6.23
Prag	285.70	285.30	284.70	285.30
Budapest	27.77	27.83	28.37	28.43
Lissabon	118.85	119.15	116.85	117.15
Bulgarien	—.—	—.—	—.—	—.—
Buenos-Aires	58.40	58.60	58.90	59.10

Abenddevisen.

Frankfurt, 11. Jan.

Brüssel	1400	Paris	1457½
Holland	6500	Italien	755
London	747	Neuyork	177
Schweiz	3425		

Tendenz: unentschieden.

w. Zürich, 11. Januar.

	10. Jan	11. Jan.
Holland	190.25	189.75
Deutschland	2.95	2.85
Wien	0.17	0.17
Prag	8.45	8.35
Paris	42.90	42.50
London	21.87	21.80
Italien	22.30	22.15
Brüssel	41.—	40.75
Budapest	0.85	0.85
Newyork	517.50	516.—
Agram	1.75	1.80
Warschau	0.17	0.17
Kopenhagen	102.25	102.25
Stockholm	125.50	128.50
Christiania	81.75	80.50
Madrid	77.50	77.10
Buenos-Aires	170.—	170.—
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

	a) vorbörsl.	b) nachbörsl.
Holland	6375 — 6675	6425 — 6550
Schweiz	3350 — 3475	3375 — 3450
Paris	1445 — 1495	1450 — 1475
Belgien	1380 — 1460	1410 — 1450
London	727 — 762	732 — 752
Neuyork	172 — 179	173 — 178
Italien	740 — 785	745 — 760
	Tendenz fest.	Tendenz schwankend.